

Raimund J. Weber

**Reichspolitik
und reichsgerichtliche Exekution.
Vom Markgrafenkrieg (1552-1554)
bis zum Lütticher Fall (1789/90)**



GESELLSCHAFT FÜR
REICHSKAMMERGERICHTSFORSCHUNG

Heft 25

Rabmund J. Weber

*Schriftenreihe
der Gesellschaft für
Reichskammergerichtsforschung*

*Reichspolitik und reichsgerichtliche
Vom Markgrafenkrieg (1552-1554)
bis zum Lütticher Fall (1789/90)*

*Heft 25
Wetzlar, 2000*

*Erweiterte und überarbeitete Fassung
des Vortrags vom 26. März 2000
in der Aula, Friedrichs-Universität, Wetzlar*

Raimund J. Weber

Reichspolitik und reichsgerichtliche Exekution. Vom Markgrafenkrieg (1552-1554) bis zum Lütticher Fall (1789/90)

*Erweiterte und veränderte Fassung
des Vortrags vom 30. März 2000
in der Aula, Arnburger Gasse, Wetzlar*



Reinhold J. Weber

Reichspolitik und reichsgerichtliche Exekution.
Vom Markgrafentum (1552-1554)
bis zum Lütticher Fall (1789/90)

Erweiterte und verbesserte Fassung
des Vortrags vom 10. März 2000
in der Aula, Universität Göttingen, Göttingen



1 A 429116

K

Im Jahr 1728 trafen sich in der Nähe von Paris die Vertreter der europäischen Mächte, um unter Vermittlung des Kardinals Fleury, dem leitenden Minister Frankreichs, über die Erhaltung des Friedens zu beraten.¹ Bei dieser Gelegenheit kam der Gesandte Englands, Horace Walpole, Bruder des Premierministers Sir Robert Walpole, auch auf eine innerdeutsche Angelegenheit zu sprechen. Er beklagte sich bei Fleury und dem Bevollmächtigten des deutschen Kaisers, Graf von Sinzendorf, daß der kaiserliche Hof in Wien neuerdings dem langjährigen Drängen Preußens nachgeben wolle, indem Berlin in die Beilegung der vor dem Reichshofrat ausgetragenen Streitigkeiten zwischen der mecklenburgischen Ritter- und Landschaft mit dem Herzog in Schwerin einbezogen werde. Wenigstens hätte man erwartet, vorher wegen der Kosten zurate gezogen zu werden, die England-Hannover in den zurückliegenden Jahren durch die militärische Besetzung Mecklenburg-Schwerins² im Auftrag des Kaisers entstanden waren. Nun stehe zu befürchten, daß preußische Truppen ins Land kämen.³

Sinzendorf war über diesen Vorstoß alles andere als glücklich. Er bedauerte, daß Walpole diese *Reichsmaterie* mit den Friedensgesprächen in Verbindung brachte und die deutschen mit den englischen Sachen vermischte. Immerhin gab er als Begründung für den Schritt des Wiener Hofes an, daß nach der Reichsverfassung dem niedersächsischen Kreisausschreibamt insgesamt Kommission erteilt werden müsse, und daß dazu eben auch Brandenburg-Preußen als Herzog von Magdeburg gehörte. Noch mehr Mühe gab sich Sinzendorf, als ihn der Kardinal in der Sache um Auskunft bat. Er erteilte Fleury auf einer langen Spazierfahrt durch den Park von Fontainebleau über diese und andere Reichsangelegenheiten verfassungsrechtliche Belehrungen, gab ihm *sozusagen ein Collegium iuris publici*, um ihn von der Harmlosigkeit des Vorgangs zu überzeugen. Die Maßnahme richte sich nicht gegen England, und da ohnehin alles unter kaiserlicher Autorität geschah, war auch nicht zu befürchten, daß Berlin das reichshofrätliche Mandat zur Vergrößerung des eigenen Landes mißbrauchen könnte. Der Franzose entschuldigte sich daraufhin in seiner gewohnt höflichen Art, die Angelegenheit überhaupt berührt zu haben, empfahl aber doch, die mecklenburgische Sache während der laufenden Verhandlungen ruhen zu lassen und nichts zu überstürzen - *da man doch sonst in Teutschland nicht so geschwind zu gehen gewohnet seye*.

Die kleine Episode aus der Geschichte der europäischen Diplomatie zeigt, daß Fragen der reichsgerichtlichen Exekution - denn um eine solche handelte es sich bei der erwähnten Mecklenburger Streitigkeit - über die als Parteien unmittelbar betroffenen Prozeßteilnehmer hinaus Bedeutung erlangen konnten, daß sie sogar einen europäischen Friedenskongreß wenn schon nicht beeinflussen, so doch wenigstens atmosphärisch trüben konnten. Der Grund dafür ist in der Exekutionsverfassung des Alten Reichs zu suchen. Denn von ihr hing es ab, ob eine reichsgerichtliche Entscheidung vollstreckt

werden konnte oder nicht. Diese Problematik ist auch heute noch von Interesse. Immer wieder etwa fragen Benutzer von Prozeßakten, welche über die neuen Inventare des DFG-Projekts⁴ an die Streitfälle des Reichskammergerichts herangeführt werden, wie die Sache ausgegangen sei und ob das Urteil, das oft nach langer Zeit, unter großen Mühen und mit erheblichem Kostenaufwand erstritten wurde, auch zu dem beabsichtigten Ziel geführt habe.

Aber nicht nur im konkreten Reichsgerichtsfall, auch für die deutsche Rechts- und Verfassungsgeschichte ganz allgemein ist die Frage der Exekution von großer Wichtigkeit. Das Staatsrecht des Alten Reichs der frühen Neuzeit war ja nicht statisch, wie man es für die Zeit nach dem Westfälischen Frieden lange angenommen hat. Es manifestierte und entwickelte sich in einer Abfolge von Fällen, die seit der Reichsreform fast durchweg in der äußeren Form reichsgerichtlicher Prozesse abgewickelt wurden. Zentrale Fragen des Reichsrechts wie Parität, Rekurs, der Streit um die Lokalkommissionen u.a.m. werden in ihrer wahren Bedeutung erst greifbar im reichsgerichtlichen Prozeß. Besonders im Vollstreckungsstadium verdichteten sich die Probleme gleichsam wie in einem Brennspiegel. Wenn es darum ging - vielleicht sogar unter Einsatz militärischer Mittel - einem Richterspruch zur Durchsetzung zu verhelfen, mußte es zum Schwur kommen: konnte sich ein materiell oder formell von der reichsgerichtlichen Auffassung abweichendes ständisches oder konfessionelles Prinzip durchsetzen oder nicht, brachte die Anrufung des Reichstags die Sache - vielleicht endgültig - ins Stocken, oder konnte vielleicht auch umgekehrt eine Sache ohne oder sogar entgegen einem reichsrichterlichen Spruch, gestützt auf autonome ständische Kompetenzen, durchgesetzt werden?⁵

Auf dem Hintergrund dieser Fragestellung kann es im folgenden natürlich nicht um jede beliebige reichsgerichtliche Entscheidung bzw. Vollstreckung gehen. Die Prozesse hatten von ihrem Gegenstand her ganz unterschiedliche Bedeutung. Wenn z.B. in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts in der schwäbischen oder fränkischen Provinz ein kleiner Junker anläßlich einer Jagdstreitigkeit Hasengarne pfänden ließ oder wenn es, etwa in der zweiten Hälfte des folgenden Jahrhunderts, darum ging, einen Gläubiger aufgrund einer Schuldverschreibung wegen ein paar tausend Gulden in ein verpfändetes Rittergut einzusetzen, spielten die eingangs erwähnten Probleme in der Regel keine Rolle. Im ersten Fall genügte dann meist ein *geschärftes* Mandat. Der Beklagte gab dann, um weitere Kosten zu vermeiden, das gepfändete Hasengarn - vielleicht nicht mehr ganz gebrauchstüchtig - zurück und ließ diesen Vorgang dem Reichskammergericht mit einem notariellen *Partitionsinstrument* anzeigen.⁶ Im anderen Fall nahm die zuständige Ortsobrigkeit oder das Kreisausschreibamt die Besitzeinweisung (*Immission*) in das Pfandobjekt vor, oder es wurde unter dem Druck der bevorstehenden Exekution ein Zahlungsvergleich vermittelt. Für diese Fälle, die zahlenmäßig häufig, im übrigen

gen aber nur von örtlicher oder individueller Bedeutung waren - *Reichsgerichtsbarkeit in kleiner Münze* gewissermaßen -, hat die zeitgenössische Publizistik den Begriff der *Justizsache* verwendet, um klarzustellen, daß keine staatsrechtlichen oder politischen Fragen zur Debatte standen.

Davon unterschieden wurden die Staatssachen, die *causae Imperii domesticae*. Hier ging es um die Nachfolge in Fürstentümer und Grafschaften, Stände- und Untertanenstreitigkeiten, Verpfändung von Reichsstädten, Reichsunmittelbarkeit von Klöstern und Stiften, um die Stellung der Reichsritter und um Religionsangelegenheiten. Gemeinsam war diesen Fällen, daß meist höhere Stände beteiligt oder interessiert waren, so daß die Angelegenheit eine überregionale bzw. grundsätzliche Bedeutung gewann. Beide Ebenen reichsgerichtlicher Aktivität, die publizistisch bedeutsame oder die nur justizielle im engeren Sinn standen freilich nicht unverbunden nebeneinander. Ein Erfolg oder Mißerfolg der reichsgerichtlichen Rechtsprechung in einem staatsrechtlich und politisch wichtigen Fall erhöhte beziehungsweise minderte das Prestige und die Autorität des Gerichts. Eine aufsehenerregende Exekution mit der Demütigung eines hohen Exequenden hat auch in anderen, weniger wichtigen Sachen ermutigend gewirkt, während ein Scheitern die Vollstreckungstätigkeit des Gerichts und der von ihm mit der Exekution beauftragten kaiserlichen Kommissare ganz allgemein erschweren mußte.

An dieser Stelle noch eine Bemerkung zum Begriff der Politik. Größere Exekutionsfälle gehörten im Verständnis der Zeit an sich schon zur Reichspolitik, ebenso das Bestreben, Reichsjustiz und Reichsexekution in Gang zu bringen oder aufrecht zu erhalten. Das Verständnis für diese hochrangige Bewertung ist der modernen Geschichtsschreibung vielfach verlorengegangen. Fallbezeichnungen wie *Mecklenburgische Sukzession* oder *Mecklenburg, Ritter- und Landschaft, Zwingenberger* oder *Ebernburger Sache* sagen heute nur noch dem Spezialisten des alten Reichsrechts etwas. Nur ein einziger Exekutionsfall des Alten Reichs gehört auch heute noch zur historischen Allgemeinbildung und zum Schulwissen: die Achtexekution gegen die Reichsstadt Donauwörth zu Beginn des 17. Jahrhunderts, die zur Vorgeschichte des Dreißigjährigen Krieges zählt. Ganz anders verhielt es sich noch in der Reichsgeschichte und -publizistik des 18. Jahrhunderts. Für Moser und Pütter waren die genannten Fälle stehende Begriffe.⁷ Sie wurden im akademischen Unterricht behandelt und waren Gegenstand der Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit der Zeit, also an den Reichsgerichten, den Höfen, Regierungen und Kanzleien aller deutschen Länder und des kaiserlichen Hofes.

Politik soll im folgenden aber auch im weiteren Sinn verstanden werden, d.h. im Einwirken außerrechtlicher, eben *politischer* Einflüsse auf den Vollzug reichsgerichtlicher Exekutionen einschließlich der Diplomatie und der Militärgeschichte, der Mächtekonstellationen in Deutschland und der Einflußnahme fremder Staaten. Ausgeschlossen bleiben aber jene Exekutionen,

bei denen die prozessuale Form lediglich noch ein propagandistisches Mittel darstellt, in der Sache aber der Rahmen des Rechts zugunsten der Politik völlig gesprengt wurde, wie etwa im Fall der Achterklärung über den *Winterkönig* zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges oder über Friedrich den Großen im 18. Jahrhundert. Im übrigen behandeln wir beide obersten Reichsgerichte, das Reichskammergericht in Speyer bzw. Wetzlar und den Reichshofrat in Wien. Letzterer wird dabei stärker berücksichtigt, denn es hat in der Praxis den Anschein, als sei meist der Reichshofrat bzw. der hinter ihm stehende kaiserliche Hof letztlich die treibende Kraft in der Reichsexekution gewesen, auch wenn selbstverständlich die Rolle des Reichskammergerichts zu Zeiten nicht unterschätzt werden darf. Zur reichsgerichtlichen Exekution in diesem Sinn gehört dabei nicht nur die Vollstreckung von einzelnen Prozeßsachen, sondern auch die Durchführung der Friedensschlüsse - Westfälischer Frieden, Rijswijk, Nimwegen und Baden - im konkreten Fall.

Exekutionsordnung und Kreisverfassung:

Die Grundlagen der reichsgerichtlichen Exekution in der Reichsreform

Grundlegend für die Vollstreckung reichsgerichtlicher Urteile in der frühen Neuzeit war die Verbindung von Kreisverfassung und Exekution.⁸ War eine Ortsobrigkeit nicht willens oder in der Lage, einem reichsrichterlichen Befehl nachzukommen, oder weigerte sich ein Reichsunmittelbarer Folge zu leisten, waren die Obersten oder die ausschreibenden Fürsten eines, zur Not auch mehrerer Reichskreise berufen, die Vollstreckung durchzuführen.⁹ Die Betrauung der Kreise mit der Urteilsexekution war schon in der Wormser Reichskammergerichtsordnung von 1521 und in der Nürnberger Erklärung des Landfriedens von 1522 vorgesehen. Endgültig verankert hatte sie allerdings erst der Augsburger Reichstag von 1555, der auch den Religionsfrieden mit sich gebracht hatte.¹⁰

Die großen Exekutionen im deutschen Südwesten während der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, so die Vertreibung des württembergischen Herzogs Ulrich aus seinem Land nach dem Überfall auf die Reichsstadt Reutlingen und die Niederschlagung des Bauernkriegs, hatte noch der Schwäbische Bund bewältigt, eine regionale Sondereinung unter kaiserlicher Führung, die wenige Jahre vor dem Wormser Reformreichstag von 1495 begründet worden war.¹¹ Dieser Bund war 1534 mit der Rückführung Ulrichs durch den Landgrafen von Hessen in der Schlacht von Lauffen am Neckar zu Ende gegangen; anschließende Versuche des Kaisers, ihn wieder zu beleben, waren gescheitert. Die Zukunft sollte nicht den regionalen Landfriedenseinungen gehören, sondern einem das ganze Reich umspannenden, auf reichsgesetzlicher Grundlage errichteten System. Es strukturierte das Reich geographisch, zog

zwischen Territorium und Zentralbehörden, d.h. den obersten Reichsgerichten und dem Reichstag, eine mittlere Ebene ein und schuf damit die Voraussetzungen für einen verfassungsrechtlich geordneten Vollzug der reichsgerichtlichen Judikate.

Der Übergang von der ad hoc gebildeten Kräftegruppe zur regulären, reichsrechtlich begründeten Exekution vollzog sich mit und im Anschluß an einen Fall, der im Herzen Deutschlands, in Franken spielte. Im sog. zweiten Markgrafenkrieg von 1552 bis 1554 war es den vereinten Kräften der fränkischen Bistümer Würzburg und Bamberg im Bund mit der Reichsstadt Nürnberg gelungen, dem landfriedensbrüchigen Treiben des brandenburgischen Markgrafen Albrecht Alkibiades ein Ende zu setzen.¹² Die genannten Stände hatten sich im Fränkischen Bund mit König Ferdinand, Moritz von Sachsen und Heinrich d.J. von Braunschweig verbündet. Nach seiner Vertreibung aus Franken verwüstete der Markgraf das Fürstentum Braunschweig. Die militärischen Maßnahmen, die in der Schlacht von Sievershausen gipfelten, waren zunächst noch von den fränkischen Kreisständen im Rahmen eines *Sonderbundes im Kreis*, d.h. außerhalb der Kreisverfassung durchgeführt worden.¹³ Noch nachdem König Ferdinand am 1. Dezember 1553 den Markgrafen geächtet und am 20. Dezember dem Fränkischen Kreis die Exekution übertragen hatte, hatten der Fränkische Kreis und alle andern die Durchführung abgelehnt.

Erst in der Schlußphase wurde die Exekution in die Bahnen der Reichs- und Kreisverfassung übergeleitet. Als Karl V. die Acht bestätigte und am 18. Mai 1554 von Brüssel aus Mandate an den Kurrheinischen, Obersächsischen, Fränkischen, Bayerischen, Schwäbischen und Oberrheinischen Kreis erließ, wurde aus der regional-fränkischen Angelegenheit eine Sache des Reichs und seiner Kreise. Es kam, nach vorhergehenden Beratungen im Schwäbischen Kreis, im August zu einer Versammlung des Kurrheinischen, Fränkischen, Schwäbischen und Oberrheinischen Kreises in Worms und schließlich, im November, zu einem Konvent aller zehn Reichskreise in Frankfurt am Main. Man einigte sich darin auf eine *Ordnung und Erklärung der Exekution und Handhabung des kaiserlichen Landfriedens*, die ihrerseits auf Vorarbeiten des Schwäbischen Kreiskonvents in Ulm im September 1554 zurückging.¹⁴

Dieser Entwurf, der auf einem Vorschlag des württembergischen Herzogs Christoph beruhte, galt später als erster Grundstein zur *allgemeinen Reichskreisexekution*. Mit der Reichsexekutionsordnung von 1555 wurde das Kreissystem zur Grundlage der Friedenswahrung und der reichsgerichtlichen Exekution. Die Bewertung der Augsburger Ordnung zeigt starke Unterschiede. Die ältere Verfassungsgeschichte sah darin den Sieg der Fürsten über die Zentralgewalt in Deutschland, für Heinrich Triepel war es gar der *Bankrott* der Reichsgewalt, daß hier den Ständen die Exekution übertragen worden war.¹⁵ Ganz anders sahen es manche Zeitgenossen. Für den kaiserlichen Rat

Zasius konnte der Kaiser mit der Reform zufrieden sein; sie habe ihm alles gebracht, was er durch den Versuch, den Schwäbischen Bund wieder zu beleben, vergeblich gesucht habe.¹⁶ Die Wahrheit liegt wohl in der Mitte. Die Reichsverfassung hatte mit der Reichsreform, deren Abschluß die Augsburger Exekutionsordnung bildete, einen rechtlichen Rahmen geschaffen. Es kam nun darauf an, wie er in der Staatspraxis ausgefüllt würde. In der Anwendung mußte sich erweisen, ob sich die Zentralgewalt des neuen Instrumentariums zu ihrem Vorteil bedienen oder ob zentrifugale Kräfte in den Kreisen die Reichsgewalt hemmen konnten. Dabei sollten sich im Lauf der Zeit regionale Schwerpunkte herauskristallisieren, die sich aus der unterschiedlichen Struktur der Reichskreise und der darin führenden Mächte ergaben.

Es lohnt sich daher, einen Blick auf diese Kreise, die Exekutionslandschaften Deutschlands, zu werfen.¹⁷ Da waren zunächst die beiden *kaiserlichen* Kreise Österreich und Burgund, welche die habsburgischen Erblande umfaßten. Zu ihnen gehörte der größte Teil des heutigen Belgien mit Luxemburg einerseits, Österreich und Slowenien bis an die Adria andererseits. Diese Kreise umklammerten das ganze Reich von Nordwesten bis Südosten wie eine Zange. Einzige Direktorialmacht war hier das Haus Habsburg, seit dem Spanischen Erbfolgekrieg also der Wiener Hof. Die Erblande waren in die deutsche Exekutionsverfassung einbezogen, aufgrund der österreichischen und burgundischen Privilegien aber nicht der Reichsgerichtsbarkeit unterworfen. Da sich in diesen Kreisen nur wenige nichthabsburgische Reichsstände befanden und die Erblande exempt waren, spielte die Exekution innerhalb des Burgundischen und Österreichischen Kreises kaum eine Rolle.¹⁸

Die Bedeutung der kaiserlichen Reichskreise lag in ihrer potentiellen Einwirkung auf die inneren Kreise. Lag ein entsprechendes Ersuchen vor, hatte Wien das Recht, in die deutschen Angelegenheiten militärisch einzugreifen. Es konnte aber umgekehrt nicht dazu gezwungen werden. Berücksichtigt man, daß keine andere Macht in Deutschland allein über je einen ganzen Kreis im Norden und Süden des Reichs verfügen konnte, und zieht man die übrigen Kräfte reserven des Hauses Habsburg in Betracht, so gewinnt man leicht einen Begriff von der außergewöhnlichen Stellung des Kaisers in der Exekutionsverfassung. Sein Eingreifen mußte in aller Regel einer Exekution im Reich zum Durchbruch verhelfen, wenn und soweit er eben willens war, sein Gewicht in den inneren Streitigkeiten Deutschlands in die Waage zu werfen.

Eine Sonderstellung nahmen kreisrechtlich auch die Kurfürsten ein. Sie waren - ohne Kurböhmen - in zwei weiteren Kreisen organisiert. Der Obersächsische Kreis umfaßte Kursachen und Kurbrandenburg, also die seit der Reformation weltlichen evangelischen Kurfürsten. Die drei geistlichen Kurfürsten von Mainz, Köln und Trier waren zusammen mit der Kurpfalz im Kurrheinischen Kreis zusammengefaßt. Nach dem Eintritt in die Kurwürde

durch die katholische Neuburger Linie 1685 war dieser Kreis ganz katholisch. Beide, die kaiserlichen und die kurfürstlichen Reichskreise, wiesen eine im großen Ganzen recht geschlossene Struktur auf. Sie umfaßten wenige Stände und wurden von mächtigen und einflußreichen Fürsten geführt. Im Obersächsischen Kreis hatte Kursachsen, im Kurrheinischen der Erzbischof von Mainz das alleinige Direktorium. Im Exekutionsleben des Reichs waren diese Kreise und ihre Direktorialmächte, vergleichbar den kaiserlichen Kreisen Österreich und Burgund, daher weniger im eigenen Reichskreis von Bedeutung als vielmehr in ihrer Funktion als Akteure in anderen, benachbarten Kreisen oder sogar im ganzen Reich. Ähnlich strukturiert war der Bayerische Reichskreis mit den großen Flächenstaaten bzw. Direktorialfürsten Bayern und Salzburg.¹⁹ Seit Erlangung der Kurwürde durch Bayern 1623 konnte der Kreis auch nach dem Rang seines weltlichen Kreisausschreibamts den kurfürstlichen Kreisen zugezählt werden, denen er durch die vergleichsweise geringe Binnenstrukturierung schon von Anfang an gleichkam.

Ganz anders aufgebaut und geleitet waren die fünf restlichen Kreise.²⁰ Hier finden wir die für das Alte Reich so typische territoriale Vielfalt und konfessionelle Spaltung. Dementsprechend waren diese Kreise in quantitativer Hinsicht die wichtigsten Schauplätze sowohl der reichsrechtlich belangvollen Exekutionen wie der reichsgerichtlichen Vollstreckungstätigkeit. Sie waren es auch hauptsächlich, die aufgrund ihres Länderreichtums zum Prozeßaufkommen am meisten beitrugen. Kennzeichnend für diese Gebiete war es auch, daß die Funktionen des Kreisdirektoriums oder Ausschreibamts auf mehrere fürstliche Höfe verteilt waren. So waren in Franken²¹ die Bischöfe von Bamberg und die zollerischen Markgrafen in Ansbach und Bayreuth ausschreibende Fürsten, in Schwaben²² die Herzöge von Württemberg und die Bischöfe von Konstanz. In diesen beiden Kreisen bestand also faktisch eine Art von Religionsparität, die den konfessionell gemischten Territorialverhältnissen entsprach.

Der Eindruck der Ausgewogenheit zwischen geistlichem und weltlichem Ausschreibamt bzw. katholischem und evangelischem Bekenntnis wird noch vertieft, wenn man beide Reichskreise zusammen betrachtet: Während nämlich in Franken der katholische Bischof von Bamberg die erste Rolle im Ausschreibamt spielte, übernahm diesen Part in Schwaben der evangelische Herzog von Württemberg. Angesichts dieser ausgeglichenen Struktur erstaunt es daher nicht, daß nach dem Abflauen der aggressiven gegenreformatorischen Bestrebungen vor und während des Dreißigjährigen Krieges mit dem im Westfälischen Frieden erreichten Ausgleich der konfessionellen Gegensätze gerade in diesen beiden Kreisen das reichsgerichtliche Exekutionswesen seit der Friedensexekution im allgemeinen in einem guten Zustand war. Franken und Schwaben dürfen insofern geradezu als Musterländer angesehen werden.²³

Komplizierter und damit letztlich auch problematischer gestalteten sich die Dinge im Norden und Westen Deutschlands. Der Niederrheinisch-Westfälische Kreis war überwiegend katholisch, der Niedersächsische protestantisch.²⁴ Am Niederrhein war das Kreisdirektorium nach dem Jülich-Kleveschen Erbfolgestreit vor dem Dreißigjährigen Krieg auf drei Fürsten verteilt. Der Kurfürst von Köln, der im Kurrheinischen Kreis vom Direktorium ausgeschlossen war, hatte hier als Bischof von Münster das geistliche Ausschreibamt, während das weltliche Amt zwischen dem wittelsbachischen Herzogtum Jülich und dem brandenburgischen Kleve aufgeteilt war. Brandenburg-Preußen erhielt mit Magdeburg nach dem Dreißigjährigen Krieg auch eine ausschreibamtliche Stellung im Niedersächsischen Kreis, so daß Berlin, das im eigenen Obersächsischen Kreis durch Dresden vom Kreisdirektorium ausgeschlossen war, über seine Mitausschreibämter in Niedersachsen und am Niederrhein bis Ostfriesland und Belgien präsent war. In der Zeit des Nordischen Krieges kam es im Niedersächsischen Kreis zu erheblichen Rivalitäten mit den beiden anderen Kondirektoren, dem Königreich Schweden als Besitzer des säkularisierten Bistums Bremen und dem welfischen Haus.

Preußen hat im ausgehenden 17. und im ganzen 18. Jahrhundert immer wieder versucht, durch energische Anwendung der ausschreibamtlichen Rechte seinen Einfluß im Norden und Westen des Reichs zu vergrößern.²⁵ Eine vergleichbare Wirkung in fremde Reichskreise hinein kann sonst nur noch dem Erzbistum Mainz zugeschrieben werden, das analog zu seiner Stellung im Reichskanzleiwesen und am Reichstag versuchte, bei Kreiskonferenzen, d.h. dem Zusammenwirken mehrerer Reichskreise in einer reichsgerichtlichen Exekution, das Direktorium durchzusetzen. Im übrigen reichte der Mainzer Arm bei Vorliegen einer Koadjutorie zeitweilig bis in die Regierungen von Bamberg (Franken) und Worms (Oberrhein). Besonders das kleine Bistum Worms, welches das Direktorium im Oberrheinischen Kreis führte, war auf Anlehnung bei größeren geistlichen Höfen wie Mainz oder Trier angewiesen.

Dieser Oberrheinische Kreis, mit dem wir unseren Rundgang durch die deutschen Kreis- und Exekutionslandschaften beschließen, war das merkwürdigste Gebilde unter den Reichskreisen. Lassen sich für die übrigen neun Kreise im Großen und Ganzen plausible landschaftliche, landsmännische oder territoriale Gründe für die regionale Reichseinteilung finden, so versagen diese Maßstäbe beim Oberrheinischen Kreis völlig. Er umfaßte geographisch ganz disparate Fürstentümer wie Hessen-Kassel im Norden oder das Bistum Basel im Süden, formal sogar noch den diesseits der Alpen gelegenen, französischsprachigen Teil des Herzogtums Savoyen. Diese nördlichen und südlichen Randgebiete spielten im Kreisleben freilich kaum eine Rolle, zumal sich Hessen-Kassel - wie Brandenburg in Obersachsen - zeitweilig vom Kreis faktisch absonderte. Es blieb als Gegenstand kreisausschreibamtlicher Akti-

vität das Rhein-Main-Gebiet, Mittel- und Südhessen sowie die linksrheinische Pfalz, soweit diese Gebiete nicht im Besitz von Kurmainz, Kurtrier oder Kurpfalz waren. Hier lagen eine Vielzahl reichsunmittelbarer Territorien und ritterschaftlicher Herrschaften, so daß eine rege Kreis- und Exekutionstätigkeit festzustellen war. Der Oberrheinische Kreis spielte auch bei Kreiskonferenzen im 18. Jahrhundert eine bedeutende Rolle.

Die Krise der Reichsexekutionsverfassung im Donauwörther Fall

Wenden wir uns nach diesem geographischen Exkurs wieder der zeitlichen Genese der Reichsexekutionsverfassung zu. An der oberen Donau liegt, unweit der Einmündung des Lechs, also hart an der schwäbisch-bayerischen Stammes- und Kreisgrenze, die ehemalige Reichsstadt Donauwörth, damals noch Schwäbisch Wörth oder einfach Wörth genannt. Mit dem Namen dieser Stadt verbindet sich bis heute die Erinnerung an eine der folgenreichsten aller reichsgerichtlichen Exekutionen. Bekanntlich hatten Bürger der in der Reformation mehrheitlich evangelisch gewordenen Stadt die Prozession zum Heiligkreuzkloster gestört. Der Reichshofrat, damals noch in Prag, nahm dies zum Anlaß, um die Reichsacht über die Stadt zu verhängen. Der bayerische Herzog Maximilian, der spätere Kurfürst, besetzte sie im Dezember 1607 militärisch. Donauwörth wurde rekatholisiert und blieb, ungeachtet wiederholter Bemühungen des Schwäbischen Kreises, mit Ausnahme einer kurzen Zeit während des Spanischen Erbfolgekrieges, im Besitz Bayerns.²⁶

Die Exekution gab im folgenden Jahr den Anlaß zur Sprengung des Reichstags sowie zur Bildung der protestantischen Union und der katholischen Liga, mithin zur Trennung Deutschlands in zwei konfessionelle Militärbündnisse.²⁷ Insoweit sind die Zusammenhänge bekannt. Weniger bekannt ist aber, weshalb die Sache so weitreichende Folgen haben konnte. Die Stadt, malerisch über der Einmündung der Wörnitz in die Donau gelegen, besaß strategische Bedeutung - nicht umsonst fand 1704 eine der wichtigsten Schlachten des Spanischen Erbfolgekrieges in ihrer Nähe statt. Doch es gab noch andere, wichtigere Passagen ins Lechgebiet, und Donauwörth für sich genommen war nicht allzu bedeutend.²⁸ Es war also nicht so sehr der Verlust jener *armen geringen statt*,²⁹ die dem Schwäbischen Kreis und den evangelischen Ständen Deutschlands zu schaffen machte. Es war das Grundsätzliche, die exemplarische Bedeutung für Reichsgerichtsbarkeit, Exekutionsverfassung und Religionsfrieden, die sich aus der Exekution ergab.

Was die Reichsgerichtsbarkeit angeht, war Donauwörth nur der Höhepunkt einer seit Jahrzehnten anhaltenden Entwicklung, in der sich der kaiserliche Hof mehr und mehr zu einem zweiten, mit dem Kammergericht konkurrierenden Reichsgericht entwickelt hatte. Vor allem in den Städten mit ge-

mischtkonfessionellen Bevölkerungen, etwa in Aachen oder der vom Herzogtum Württemberg eingeschlossenen kleinen Reichsstadt Weil der Stadt, hatte sich der Reichshofrat mithilfe kaiserlicher Kommissionen zugunsten der katholischen Ratsparteien engagiert. Die protestantischen Stände hatten daraufhin die Hofjurisdiktion grundsätzlich infrage gestellt und gegen sie die Zuständigkeit des Reichskammergerichts als ordentliche Jurisdiktion von Kaiser und Reich verteidigt. Sie bestritten die Zuständigkeit des kaiserlichen Hofes in Religionsangelegenheiten, zumal da es dort nicht, wie am Kammergericht, evangelische Beisitzer gab.³⁰ Mit ihren Vorstellungen waren die Protestanten allerdings, ungeachtet mehrerer schriftlicher und durch Abordnungen vorge-tragener Beschwerden bis 1600 nicht durchgedrungen. Durch die Exekution gegen Donauwörth war nun eine neue Stufe in dieser Auseinandersetzung erreicht: sie hatte von der theoretischen Streitfrage über die Grundlagen der Hofjurisdiktion auf die praktisch wichtige der Exekution übergegriffen. In den Beschwerdeschriften, mit denen die Protestanten den kaiserlichen Hof noch vor Vollzug der Acht über Donauwörth gewarnt hatten, und in den Reaktionen, mit denen der Hofrat seinen Standpunkt verteidigte, waren die gegensätzlichen Auffassungen über Exekutionsordnung und Kreisverfassung deutlich zutage getreten.

Für die evangelischen Stände und das als Kreisoberst hauptsächlich betroffene, ja gedemütigte Herzogtum Württemberg³¹ bedeutete die Exekution durch einen Fürsten aus dem benachbarten Bayerischen Kreis die *Konfundierung* der Kreise, welche die Ordnung von 1555 gerade hatte verhindern wollen. Der kaiserliche Hof setzte dem entgegen, daß die Exekutionsordnung kein Selbstzweck sei, sondern der Vollstreckung der reichsgerichtlichen Entscheidungen dienen und diese nicht verhindern solle.³² Der Kaiser sei daher in seiner Entscheidung frei, wen er damit beauftrage.³³ In diesem unterschiedlichen Verständnis der Exekutionsverfassung manifestierten sich zwei letztlich nicht miteinander zu vereinbarende Konzeptionen. Für die protestantische Seite war die Exekutionsaufgabe der Kreise eine - modern gesprochen - in der Reichsverfassung begründete Kompetenz mit Ausschließlichkeitsanspruch. Vollstrecken durften nur die Kreise, in denen der zu exequierende Reichsstand gelegen war, auch auf die Gefahr hin, daß dies die Vollstreckung verzögerte oder sogar ganz verhinderte.

Für den Reichshofrat hatte die Exekutionsordnung diese unbedingt bindende Kraft nicht, sie hatte lediglich eine funktionelle Bedeutung, d.h. sie war ein Mittel zur Vollstreckung der Urteile.³⁴ Beim Vorliegen entsprechender Gründe konnte der Kaiser davon abweichen, weil er prinzipiell in seinem obersten Exekutions- und Kommissionsrecht an die Wahl bestimmter Exekutoren nicht gebunden war. Der damit aufgerissene Konflikt, der bis an die Wurzeln der Reichsverfassung reichte, wurde theoretisch nie ganz aufgelöst. Bis zum Ende des Alten Reichs gab es die *konstitutionelle* Auffassung der

Stände, die zu einer Exklusivität der kreisausschreibamtlichen Rechte führte, und die monarchische des kaiserlichen Hofes, der an seinem *liberum arbitrium*, der freien Wahl von Exekutoren und Kommissaren festhielt.³⁵

In der Staatspraxis war freilich weder der eine noch der andere Standpunkt in der dogmatischen Schärfe durchzuhalten, wie sie im Donauwörther Fall zutage getreten war. Auf lange Sicht kam der kaiserliche Hof an den regionalen Ordnungsmächten nicht vorbei, wie umgekehrt auch die Ausschreibämter nicht gegen den Willen ihrer Mitstände und der obersten Reichsgerichte Vollstreckungskompetenzen ausüben bzw. Vollstreckungen verhindern konnten. Das zeigte sich bereits in den Kommissionen, die nach dem Dreißigjährigen Krieg die Beschlüsse des Friedenskongresses umsetzen mußten. So wurde etwa die Einführung der Parität in der für Süddeutschland zentral gelegenen Reichsstadt Augsburg im Vollzug des Westfälischen Friedens von den kreisausschreibenden Fürsten des Schwäbischen Kreises, dem Herzog von Württemberg und dem Bischof von Konstanz, gegen den zunächst noch widerstrebenden katholischen Ratsteil und die indifferente bayerische Besatzung, jedoch mit Unterstützung des kaiserlichen Hofes durchgesetzt.³⁶ Auf der Grundlage dieser in der Friedensexekution ausgebildeten Praxis konnte dann später das reichsgerichtliche Exekutionswesen in den Kreisen Schwaben und Franken ausgebildet werden.³⁷

Internationale Politik, lokale Rivalitäten und Wiener Diplomatie: Mecklenburgische Sukzession und Hamburg

Die regionalen Schwerpunkte in der Auseinandersetzung um das Reichsexekutionswesen verlagerten sich gegen Ende des 17. Jahrhunderts in den Norden Deutschlands. Die Problematik, die das Beispiel Donauwörth in so dramatischer und folgenreicher Weise offengelegt hatte, trat in der Mecklenburgischen Sukzessionsstreitigkeit³⁸ erneut auf. Den Anlaß dafür bot das Erlöschen der Linie Mecklenburg-Güstrow mit dem Tod des Herzogs Gustav Adolf im Jahr 1695. Um seinen Besitz stritten sich zwei Verwandte. Herzog Friedrich Wilhelm zu Schwerin forderte die Nachfolge kraft Primogenitur und der lehensrechtlich fundierten Unteilbarkeit der mecklenburgischen Lande. Herzog Adolf Friedrich zu Strelitz begründete seine Ansprüche mit dem näheren Verwandtschaftsgrad und der im Haus hergebrachten Gewohnheit der Landesteilung zugunsten der nachgeborenen Söhne. Der Reichshofrat fällte am 12. Januar 1697, im Jahr des Friedensschlusses von Rijswijk, im Besitzschutzverfahren (*in possessorio*) ein Urteil zugunsten Friedrich Wilhelms. Er erteilte dem wirklichen Reichshofrat, Kämmerer und Gesandten im Niedersächsischen und Niederrheinisch-Westfälischen Kreis, Graf Christian von Eck,³⁹ die Kommission, den Herzog von Mecklenburg-Schwerin

in den Besitz von Güstrow einzusetzen und zu diesem Zweck die Landesbeamten, das Militär sowie die Ritter- und Landschaft zur Pflichtleistung und Huldigung anzuweisen.

Daraufhin verlangten die niedersächsischen Kreisdirektoren Schweden, Brandenburg und Braunschweig-Celle vom Herzog, die ihm durch den Grafen von Eck eingeräumte Possession des Landes Güstrow (wieder) abzutreten, und legten Truppen in das Land. Das Direktorium ließ am 18. März 1697 die Residenz Güstrow durch den schwedischen Oberstleutnant Klinkowström besetzen. Graf von Eck, der weisungsgemäß die Stadt nicht verlassen durfte, wurde aus dem Schloß gedrängt und in einem Wagen aus der Stadt geführt. Wie heikel für beide Seiten dieser Zusammenstoß zwischen kaiserlicher Gewalt und Kreisausschreibamt war, zeigt ein Augenzeugenbericht über die entscheidenden Momente.⁴⁰

Sechs Unteroffiziere betraten das Zimmer, in dem sich der Graf aufhielt. Auf die mehrmalige, jeweils verneinte Frage an den schwedischen Sergeanten Seger, ob er Ordre hätte, Gewalt gegen ihn anzuwenden, rief von Eck nach einigem Schweigen: *Wo ich weg soll, so faßet mich dan !* Der Unteroffizier zögerte, trat endlich aber doch *mit grösester Submission zu und rührte mit seiner Handt an des Herrn Grafen Ermel, gleich als wan er ihn fortführen wolte*. Darauf hob von Eck beide Arme und rief, daß *ihm die gröseste Gewalt geschehe*, und verließ - *unangefaszt und frei* - das Schloß. Einen Monat später, am 15. April, kassierte ein Reskript des Reichshofrats die Maßnahmen des Niedersächsischen Kreisdirektoriums als reichsverfassungswidrig mit der Begründung, die Exekutionsordnung von 1555 gebe ihm keine Hoheit über seine Kreismitstände; es habe lediglich eine vorläufige Befugnis, im Falle von Kriegsempörungen, Rottierungen u.ä. für Ordnung zu sorgen.

Der Fall der Mecklenburgischen Sukzession hat die Diskussion über die Rechte der Kreisausschreibämter in der Exekutionsverfassung des Reichs um 1700 belebt wie knapp 100 Jahre zuvor die Donauwörther Sache. Ähnlich wie die Furcht vor einem neuen Donauwörth das 17. Jahrhundert beherrschte, gab der Mecklenburger Sukzessionsfall für das 18. Jahrhundert das Leitthema, freilich nun mit umgekehrtem Vorzeichen. Die Dynamik ging jetzt von den norddeutschen Kreisausschreibämtern aus, von Schweden und, zunächst noch an zweiter Stelle, Brandenburg. War es vorher darum zu tun, einseitige konfessionspolitische Übergriffe der katholischen Mächte durch Verteidigung der kreisausschreibamtlichen Befugnisse und die Abgrenzung der Kreise zu verhindern, kam es jetzt für den kaiserlichen Reichshofrat darauf an, nicht in Teilen des Reichs zugunsten der Ausschreibämter aus der oberstrichterlichen Stellung verdrängt zu werden.

In der Reichspublizistik haben die Vorgänge im Güstrower Schloß nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Der Reichshofrat ließ die Rechtswidrigkeit des ausschreibamtlichen Vorgehens wiederholt in anonymen Druckschriften an-

greifen, die von dem Titularhofrat Mulz⁴¹ stammten. Auf Seiten Brandenburgs griffen so bedeutende Geister wie Christian Thomasius, Samuel Stryk⁴² und Heinrich von Cocceji⁴³ in den Streit ein.⁴⁴ Im weiteren Verlauf des 18. Jahrhunderts ist die Sache von ständischen Autoren als Sieg der Ausschreibämter und Niederlage des kaiserlichen Hofes dargestellt worden. Die Akten und die tatsächliche Erledigung des Falls sprechen aber eine andere Sprache, und es ist bezeichnend, daß sich der junge Johann Jakob Moser in seiner Tübinger Dissertation von 1720 über die Vollstreckungsbefugnis der Kreisausschreibämter, die sonst an Deutlichkeit im Sinne der Ausschreibämter nichts zu wünschen übrig läßt, eines Urteils geflissentlich enthielt und das Problem der Bindung des Reichshofrats an die Ausschreibämter bei der Vollstreckung einer Regelung durch den Reichsgesetzgeber anheimstellte.⁴⁵

Der Konflikt wurde aber weder im Wege der publizistischen Diskussion noch auf justizielle Weise, sondern diplomatisch bereinigt. Zunächst erhielten die Gesandten der niedersächsischen Direktorialmächte Schweden, Brandenburg und Braunschweig-Celle Hofverbot am kaiserlichen Hof. Wien ließ in Stockholm durch seinen Gesandten Graf Starhemberg dem Grafen Bengt Oxenstierna die *Enormität* des Übergriffs gegen den Kommissar von Eck vorstellen. Durch Vermittlung der englischen und holländischen Gesandten Lexington und von Heemskerk kam im Sommer 1697 eine Verständigung (*Acte d'acommodement*) zuwege.⁴⁶ Dieser zufolge mißbilligten die Kreisdirektoren das Verhalten Klinkowströms nachträglich. Der Oberst mußte die Verantwortung für den Zwischenfall auf sich nehmen und seinen Fehler damit entschuldigen, daß er als Soldat das Völkerrecht nicht gekannt habe. Den Grafen von Eck mußte er in einer vorgeschriebenen Formel um Entschuldigung bitten (*Je suis homme de guerre e peut versé dans le droit des gens*).

Erst nach kaiserlicher Begnadigung durfte der absprachegemäß zunächst entlassene Oberst wieder für den König von Schweden Kriegsdienst in der Festung Stralsund leisten. Auch die brandenburgischen Politiker, die für den Güstrower Vorfall verantwortlich zeichneten und dabei angeblich eigenmächtig vorgegangen waren, wurden fallengelassen. Die *Danckelmänner*, d.h. der Berliner Kanzler Danckelmann⁴⁷ und seine in einflußreichen Stellungen befindlichen Verwandten, mußten dem Wiener Hof geopfert (*sacrificeret*) werden. Statt der erhofften Billigung seines Werks, um die er eingekommen war, wurde es dem Thomasius *rechtschaffen exprobrirt* und er wurde aufgefordert, den Befehl vorzulegen, wer ihn dazu autorisiert hätte.⁴⁸ Dem Satisfaktionsbedürfnis des kaiserlichen Hofes war damit genüge getan. In der Sache selbst kam es zum Abzug des niedersächsischen Kreismilitärs und zum Vergleich.⁴⁹

Auch in den folgenden Jahren gelang es dem kaiserlichen Hof, sich in Niedersachsen gegen die Kreisausschreibämter durchzusetzen. Dies konnte gelingen, weil die von einer Exekution betroffenen Stände mehr Vertrauen in

den weit entfernten Wiener Reichshofrat als in die benachbarten mächtigen Kreismitstände setzten, aber auch weil diese Stände untereinander in beständigen Rivalitäten lagen. Freilich gehörte ein gehöriges Maß an diplomatischem Geschick dazu, um in diesen verwickelten Verhältnissen die Nase vorn zu haben oder, wie es die Zeitgenossen formulierten, das *Prävenire* zu spielen. Ein treffendes Exempel davon gibt der Bericht des kaiserlichen Gesandten Damian Hugo Graf von Schönborn, Landkomtur der Deutschordensballei Hessen,⁵⁰ über den Ablauf der Kommission in Sachen innere Streitigkeiten der Hansestadt Hamburg.⁵¹

Auch hier bestand die Gefahr, daß die niedersächsischen Ausschreibämter aus einer kaiserlichen Kommissions- eine Kreisdirektorialsache machen und sich kraft des Direktorialamts Befugnisse anmaßen würden, die der kaiserlichen Autorität und dem oberrichterlichen Amt *sehr sensible* sein konnten. Als Schönborn, der vom Kaiser den Auftrag hatte, die Hamburger Wirren zu untersuchen, im Herbst 1708 nach Niedersachsen kam, waren die Direktorialmächte im Begriff, gestützt auf die Exekutionsordnung die Unruhen in der Hansestadt durch eine Truppenentsendung selbst zu dämpfen. In Hannover erhielt er die Versicherung, daß die Maßnahmen des Kreises *in guter Intention* und reichskonstitutionsmäßig getroffen worden seien. Sie könnten ohne *Prostitution* (Bloßstellung) des Ausschreibamts nicht mehr rückgängig gemacht werden. Außerdem werde eine Kommission ohne Nachdruck nichts bewirken. Der Wiener Hof änderte daraufhin seine Meinung und erteilte dem Direktorium, Kurhannover und Magdeburg Kommission. Natürlich mit der Absicht, es formal einzubinden.

Nachdem Schönborn die Unterstützung Hannovers erlangt hatte, reiste er nach Wolfenbüttel. Dort war man zunächst verärgert, weil er zuerst nach Hannover statt nach Wolfenbüttel als Kreiskondirektor gegangen war. Nach einigen Konferenzen brachte er den Herzog und die Regierung aber dazu, daß der Wolfenbütteler Gesandte in Hamburg an ihn gewiesen wurde und daß man die Kommission nach dem kaiserlichen Befehl annahm. Bei seinem Eintreffen in Bergedorf bei Hamburg ließ der schwedische Generalgouverneur Feindseligkeiten gegen die Stadt beginnen. Schönborn konnte aber mit Hilfe des hannöverschen Gesandten, der seinerseits den brandenburgischen überredete, verhindern, daß der schwedische General in der Nacht eine Stadtbefestigung, das *Neue Werk*, stürmen ließ. Am folgenden Tag nahm er Kontakt mit dem Stadtmagistrat auf, der die kaiserliche Kommission annehmen wollte.

Auf das harte Vorgehen des Kreises war man in Hamburg nicht gut zu sprechen. Dagegen fand die *milde kaiserliche Proposition* Schönborns in der Stadt gute Aufnahme. Umso mehr waren die Hamburger von der des Kreises *detestiret*, weil sie glaubten, daß der Kaiser, nicht aber der Kreis, Jurisdiktion hätte. Nach langer Mühe brachte es Schönborn zu einem Akkord, demzufolge

man *pure et nude* (ausschließlich) als kaiserliche Kommission in die Stadt komme. Die Truppen dienten zu ihrer Unterstützung und zur Sicherheit der Gesandten, und zwar für jeden, d.h. auch für den kaiserlichen. Einigkeit bestand schließlich auch darüber, daß der Kaiser zu entscheiden habe, wie lange die Kommission dauern sollte. Erst dann zog man, und zwar *nomine Imperatoris* (im Namen des Kaisers), in Hamburg ein.

Direktes Eingreifen des Kaisers: Rheinfels, Zwingenberg

Diplomatie und das Ausspielen regionaler Rivalitäten genügten aber nicht immer, um den Reichsexekutionen zum Durchbruch zu verhelfen. Wenn vitale Interessen starker Stände auf dem Spiel standen, wurde das Kreissystem bis an die Grenzen seiner Belastbarkeit beansprucht, so daß unter Umständen nur noch der direkte Einsatz kaiserlicher Gewalt oder wenigstens die Drohung damit Wirkung zeitigte. Ein unmittelbares Eingreifen des Kaisers mit seinen Truppen war dabei allerdings ein zweischneidiges Schwert. Zwar konnte sich seinem militärischen Gewicht unter normalen Umständen niemand widersetzen, aber eben darum durfte es nicht zu oft geschehen. Das Exekutionssystem der Kreisverfassung war nach dem Prinzip der Subsidiarität von unten nach oben aufgebaut. Nur wenn die Kräfte eines einzelnen Kreises oder der ihm notfalls zugeordneten nicht ausreichten, sollte der Theorie nach der Kaiser eingreifen.

Er stand gewissermaßen auf der Wacht und bot mit seiner Autorität dem Kreissystem Rückhalt, genügte dies nicht und war er zum unmittelbaren Machteinsatz gezwungen, lag darin immer auch ein Anzeichen für die eigene Schwäche oder gar das Versagen der inneren Reichskreise. Das wachsende Verlangen, aber auch die Notwendigkeit des Einsatzes kaiserlicher Truppen im 18. Jahrhundert war letztlich eine Reaktion auf das Erstarken der Großmächte in Deutschland, der zunehmenden Schwäche der kleinen und mittleren Stände und damit eines mehr und mehr aus dem Gleichgewicht geratenden Kreissystems. Ihren Auftakt nahm diese Entwicklung mit dem Frieden von Baden, der 1714 den Spanischen Erbfolgekrieg bzw. insgesamt die lange Zeit der Kriege mit dem Frankreich Ludwigs XIV. beendet hatte. Nicht nur das habsburgische Kaiserhaus, auch andere kriegführende deutsche Mächte, wie Brandenburg-Preußen, Hannover-England oder Sachsen-Polen, waren gestärkt worden.

Das Selbstbewußtsein, das diese Mächte innerhalb des Reichs an den Tag legten, machte sich bereits bei der Ausführung der Bestimmungen des Friedens von Baden bemerkbar. Sie führte am Mittelrhein zu einer aufsehererregenden Exekution, der zwischen 1716 und 1718 im Wege der Kreisexekution betriebenen Räumung der linksrheinischen Festung Rheinfels bei St. Goar.

Sie befand sich zum Zeitpunkt des Badener Friedensschlusses im Besitz von Hessen-Kassel. Dieses Haus hatte 1692 die Einnahme der Festung durch den französischen Marschall Tallard verhindert; sie hatte auch sonst allen französischen Eroberungsversuchen getrotzt.⁵² Gemäß den Friedensschlüssen von Rijswijk und Baden sollte sie restituiert werden. Ansprüche darauf erhob die katholische hessische Nebenlinie Hessen-Rheinfels oder Rothenburg. Landgraf Karl von Hessen-Kassel war jedoch nicht bereit, die von ihm im Krieg gegen Frankreich gehaltene Festung herauszugeben. Er erinnerte den Kaiser 1715 an die Opfer, die er im Krieg gebracht hatte, drei Söhne und tausende gefallener Landeskinder, und das Versprechen Josephs I. Dieser hatte ihm 1709 bei den Friedenspräliminarien zugesichert, die Festung bis zu einem gütlichen Vergleich behalten zu dürfen.⁵³

Die Vorstellungen des Landgrafen fanden jedoch kein Gehör.⁵⁴ 1716 wurden 300 Mann kaiserlicher Truppen aus Breisach zur Festung Rheinfels beordert, um das Schloß mit zwei kurpfälzischen Kompanien in Besitz zu nehmen. Kassel besetzte daraufhin Rheinfels und die niedere Grafschaft Katzenelnbogen, so daß die kaiserlichen und kurpfälzischen Truppen zunächst in der hessen-rheinfelsischen Residenzstadt Schwalbach, danach in wenigen geräumten Dörfern um Nastetten einquartiert werden mußten. Es kam zu Kasseler Provokationen und Übergriffen gegen das Haus Hessen-Rheinfels und die kaiserlichen Truppen. In der niederen Grafschaft wurde unter Mißachtung der vom Oberrheinischen Kreis angeschlagenen Patente die Schatzung mit Gewalt erpreßt. Das kaiserliche Militär hatte vom Hofkriegsrat den wiederholten Befehl, sich nicht in Feindseligkeiten einzulassen.⁵⁵

In Wien war man entschlossen, die Angelegenheit auf reichskonstitutionelle Weise mit einer exemplarischen Exekution zu erledigen, auch wenn die Exekution gegen den Landgrafen *in facto sehr schwehr, die Folge der sache aber gröser und gefährlicher sein könnte*.⁵⁶ Daß man mit der Räumung nicht nur dem Fürsten von Rheinfels helfen, sondern im Reich ein Zeichen setzen wollte, ging aus dem Wortlaut des dem Oberrheinischen Kreis erteilten Vollstreckungsbefehls vom 24. Juli 1716 und den gleichlautenden Auxiliatorien an die Kreise Kurrhein, Franken, (Niederrhein-)Westfalen und Obersachsen unzweideutig hervor.⁵⁷ Würde man in dieser und in anderen Sachen tatenlos zusehen, wie die größeren Territorien Deutschlands ihre durch den Sieg über Frankreich erlangten Kräfte zur Unterdrückung der schwächeren Reichsstände entgegen den Friedensschlüssen und Reichsgesetzen anwendeten, zöge dies im *werthen teutschen Vatterland* eine innere Zerrüttung, den Umsturz der Friedensschlüsse und der Reichsverfassung nach sich, so daß es *beynahe keines Oberhauptes in dem Reich oder Gehorsams mehr bedürfen würde*.

Der Oberrheinische Kreis, dessen weltliches Ausschreibamt von den kaisertreuen Pfälzern der Neuburger Linie beherrscht wurde, drängte im Frühjahr 1717 auf unverzügliche militärische Aktion, doch bremste Kurmainz, das

vorher eine Konferenz der zur Exekution berufenen Kreise für nötig hielt. Am 9. September wurde daraufhin die erste Kreisdirektorialkonferenz in Frankfurt eröffnet. Dies geschah im Kreuzgang oder Garten des Dominikanerklosters, und zwar stehend, weil man sich zwischen dem in erster Linie zur Exekution berufenen Oberrheinischen Kreis, in dem die Festung lag, und dem zur Unterstützung beigeordneten Kurmainz als ranghöchstem Ausschreibamt nicht über den Vorsitz hatte einigen können.⁵⁸ Auch zwischen den Kreisen Franken und Obersachsen bestanden Rangstreitigkeiten, so daß man weiterhin im Garten unter dem *Praetext einer Promenade* (Vorwand eines Spaziergangs) zusammenkam und die abgefaßten Voten schriftlich dem kurmainzischen Gesandten, jedoch nicht als Direktor, sondern *Primus in ordine* (Ranghöchster), einschickte.⁵⁹

Ansonsten war die Atmosphäre dadurch geprägt, daß sich der vollstreckungswillige Vertreter des Oberrheinischen Kreises, der Wormser Vizekanzler Faber, und der Vertreter Preußens Hecht, der offen den Standpunkt des Exequenden Hessen-Kassel vertrat und die Exekution verhindern wollte, erregte Auseinandersetzungen lieferten. Es wäre fast zu Tötlichkeiten - *a verbis ad verbera* - gekommen, wobei der Wein, nach einer Beobachtung des ansbachischen Gesandten, die beiden ohnehin hitzigen Männer noch mehr echauffiert hatte.⁶⁰ Ungeachtet der Bemühungen Preußens und der Passivität Kursachsens endete der Kongreß aber, wie vorauszusehen war, mit einem Erfolg der Exekutionswilligen. Am 24. September übersandten die Vertreter von Kurrhein, Franken und Westfalen die Kasseler Einwendungen an den kaiserlichen Hof mit der Bemerkung, daß man sich auf die inhaltlichen Einwände (*merita causae*) mangels Erkenntnisbefugnis nicht einlassen könne und im übrigen, falls vom Kaiser kein anderslautender Befehl komme, reichsverfassungsgemäß mit der Exekution fortfahren werde.⁶¹ Dies war eine klare Niederlage Brandenburg-Preußens und Hessen-Kassels, das unter Berufung auf eine Schrift Samuel Stryks die Meinung vertreten hatte, den Kreisausschreibämtern komme in der Exekution eine Erkenntnis auch in der Sache zu.⁶² Der Wiener Hof reagierte auf das Conclusum der vollstreckungswilligen Kreise mit einem erneuten Adhortatorium.

Das entscheidende Gremium war aber weder die Kreisdirektorialkonferenz noch der Reichshofrat, sondern die Geheime Konferenz in Wien unter Leitung des Prinzen von Savoyen. Diese blieb, wie schon in der Vergangenheit, auch im Winter 1717/1718 dabei, von der einmal gefaßten Absicht nicht abzuweichen und mit Rücksicht auf die sonst zu erwartenden *üblen Folgereyen* die Exekution durchzusetzen.⁶³ Am 31. Dezember erging ein Excitatorium an die vollstreckenden Kreise, und am 11. Januar forderte der Kaiser Kassel auf, die Exekution mit *deutsch-patriotischer Gelassenheit* geschehen zu lassen.⁶⁴ Anfang März trat in Frankfurt die zweite Kreiskonferenz zusammen, auf der über die Stellung von Truppen und den Militäreinsatz verhandelt

wurde. Am 22. April kam ein Beschluß zustande, demzufolge Oberrhein 600 und Franken 800 Mann stellen sollte. Die übrigen Einheiten verteilten sich auf die vier rheinischen Kurfürsten, von denen wiederum Kurpfalz mit 1500 Mann den Löwenanteil übernahm.⁶⁵ Niederrhein-Westfalen und Obersachsen entzogen sich mit Hinweis auf die noch von den dortigen Kreistagen zu beschließende genauere Verteilung und andere Schwierigkeiten. Als Termin für die Ausrückung wurde der 25. Mai bestimmt.

Kurfürst Lothar Franz von Mainz, der mit Rücksicht auf mögliche Repressalien Hessen-Kassels gegenüber mainzischen Besitzungen noch immer zögerte, wurde Anfang Mai von Kurtrier und Kurpfalz gedrängt, seine Truppen auf dem vereinbarten Sammelplatz bei Gelnhausen eintreffen zu lassen.⁶⁶ Noch am 26. Juli verweigerte er sich von Bamberg aus dem Gesuch, in Amöneburg ein Magazin für die Exekutionstruppen einzurichten, obwohl ihm sein Mainzer Kanzler Lasser wegen der Sorge vor hessischen Übergriffen auf die kurmainzischen Ämter Amöneburg und Fritzlar zu beruhigen suchte. Der Kanzler erinnerte an die Bedeutung der Sache. Solche Unannehmlichkeiten müßten für die Aufrechterhaltung des bedrängten katholischen Standes Hessen-Rothenburg, der kaiserlichen Autorität und Justiz im Reich sowie des davon abhängenden Erzkanzlerturns und der Erhaltung der geringeren Stände in Kauf genommen werden. Wenn das Verhalten Hessen-Kassels jetzt durchgehe, hätten die Benachbarten über kurz oder lang auch nichts Besseres zu erwarten. Auf der anderen Seite sei die Gefahr nicht so groß. Die *paar tausend Mann* Kassels würden es nicht ausmachen, und der Landgraf werde angesichts des kurz bevorstehenden Friedens in Ungarn andere Gedanken fassen.⁶⁷

Am 27. Juli 1718 kam es dann tatsächlich zum Zusammentreffen der Kreistruppen mit Kasseler Militär auf hessischem Gebiet.⁶⁸ Die Kreissoldaten gingen am Morgen von dem Wald Hufeisen, der sich noch auf kurmainzischem Grund und Boden befand, in Richtung auf den Ort Erksdorf nördlich von Stadtallendorf vor. Kurmainz und Trier bildeten den rechten Flügel, Kurpfalz den linken, die Franken marschierten in der Mitte. Die Hessen stellten sich mit 18 Schwadronen vor dem Dorf auf, das mit Palisaden verschanzt und mit Infanterie und bewaffneten Bauern besetzt war. Wie sich die Kreistruppe auch wendete, links oder rechts, tat es auch die hessische Kavallerie. Schließlich wurde befohlen, in Schlachtordnung mit aufgestecktem Bajonett und geschultertem Gewehr vorzumarschieren. Bei Leib- und Lebensstrafe war verboten worden, jemanden zu erschießen oder tötlich zu werden, es sei denn, die Hessen gäben dazu Anlaß. Falls sich die hessische Reiterei wehren werde, sollte man mit gefällten Bajonetten vorgehen; die Reiterei werde dann schon Platz machen.

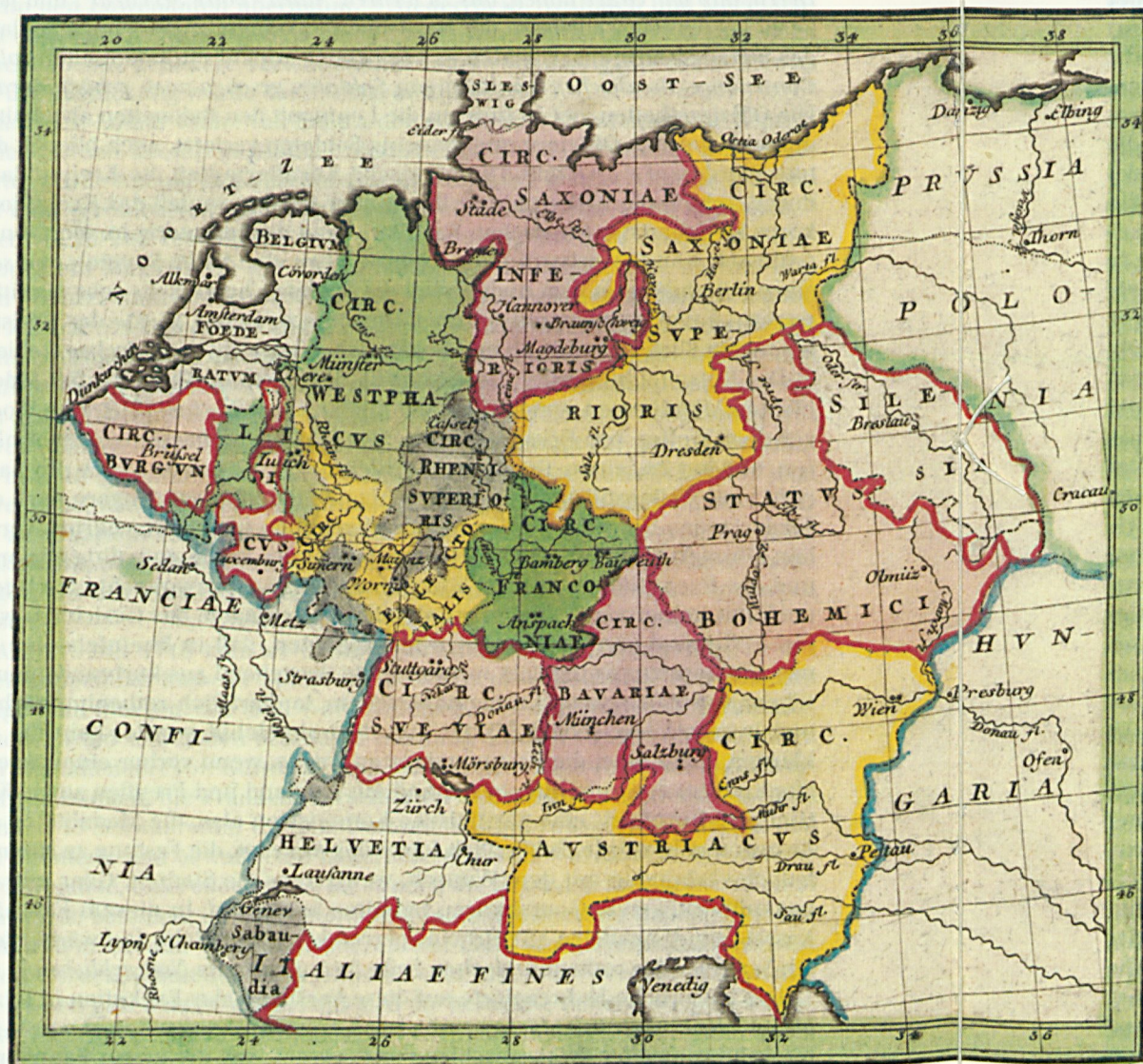
Als die Kreistruppen mit klingendem Spiel anrückten und nur noch einen Pistolenschuß von den Hessen entfernt waren, kam der hessische General

von Boyneburg zu dem vor der Front reitenden Generalfeldzeugmeister von Isselburg und fragte: *Ihro Excellenz, was seynd sie zu thun resolvirt ?* Dieser: *Den kayserlichen allergnädigsten Befehl zu exequiren.* Jener: *So sag ich dem Herrn, daß wir Ordre haben, uns zu wehren. Adieu - votre Serviteur !* und jagte zurück. Beim Durchdringen der hessischen Kavallerie zogen einige Soldaten das Seitengewehr aus, steckten es aber gleich wieder ein und hielten *solche Contenance, desgleichen wenig ist von Soldaten gesehen noch gehört worden.* Die Offiziere hatten viel zu tun, um die Leute mit den Bajonetten abzuhalten, dennoch wurden Offiziere und gemeine Soldaten verletzt, auch blieben drei tote Pferde auf dem Platz. Die hessische Kavallerie ließ die Kreissoldaten durch, schloß die Reihen hinter ihnen aber wieder, so daß das Exekutionskorps zwischen der hessischen Kavallerie und der Infanterie im Dorf eingeschlossen war. So verharreten die Truppen etwa eine halbe Stunde - *und sahe einer den andern an.* Um nicht - weil die Soldaten beiderseits sehr verbittert waren - Anlaß zu einer *entsetzlichen Massacre* zu geben, rückte das Kreismilitär schließlich seitwärts ab und begab sich wieder auf mainzisches Gebiet.

Die Entscheidung über die Räumung der Festung Rheinfels fiel jedoch nicht in Mittelhessen, sondern auf dem Balkan. Am 21. Juli 1718, eine Woche vor dem Treffen von Erksdorf, wurde der Friede von Passarowitz geschlossen, und am 28., einen Tag danach, erhielt der Kurfürst von Mainz die Nachricht vom Waffenstillstand. Es seien einige Regimenter von Ungarn nach den Niederlanden beordert worden, die der Exekution notfalls Nachdruck verleihen könnten.⁶⁹ Damit war für Hessen-Kassel die Sache endgültig verloren, und die Exekution trat in ihr letztes Stadium. Kassel versuchte auch jetzt noch mit immer verzweifelter werdenden Vorschlägen, das Gesicht zu wahren.⁷⁰ General von Isselburg wurde angeboten, daß in Rheinfels eine gemischte Besatzung eingelegt werden sollte, bestehend aus kurbrandenburgischem, kurpfälzischem, kurhannöverschem, landgräfllich-rothenburgischem und hessen-kasselschem Militär. Als dies abgelehnt wurde, kam die Erklärung, daß Kassel die Festung abtreten werde, wenn vorher eine kaiserliche Kommission zur Güte, bestehend aus England und Preußen sowie Kurtrier und Kurpfalz - eine paritätische Kommission also, die Modalitäten des Abzugs regeln würde. Schließlich folgte das Angebot, die Festung zu räumen, jedoch verbunden mit dem Wunsch, wenigstens die Stadt St. Goar und das gegenüberliegende Goarshausen behalten zu dürfen. In diesem Fall hätte Kassel immer noch den Mittelrhein sperren können und der *Igel* wäre, wie es ein Vertreter der rothenburgischen Seite formulierte, *im Nest geblieben*.⁷¹

Der kaiserliche Hof reagierte auf diese Versuche, der Exekution in letzter Minute doch noch zu entgehen, mit einem ernsten Verweis. Kassel wurde unter Anführung aller Reichsabschiede und -gesetze seit der ersten Kammergerichtsordnung von 1495 an die Exekutionsordnung erinnert. Der Kaiser brachte seinen Unwillen darüber zum Ausdruck, daß der Landgraf von Kassel

REGNI GERMANIAE delineatio, secundum X Circulorum divisionem
veram suam figuram finesque hodiernos circularum et regni totius exacte referens
[Loca stellulis notata sunt directoria, hoc est quorum domini territoriales sunt circuli istig directoras.]



Deutschland mit den zehn Reichskreisen (Regni Germaniae delineatio secundum X Circulorum divisionem ...; Atlaskarte aus: Johann Michael Franz, Abriß des Reichsatlas, oder Einleitungskarten zur deutschen Staatsbeschreibung, 1. und einziger erschienener Teil, Leipzig und Göttingen 1758, Tafel 3, nach S. 36).

Die Übersichtskarte aus dem kleinen Reichsatlas von Franz, dem Göttinger Professor, Geographen des Fränkischen Kreises und Teilhaber des berühmten Homannschen Instituts in Nürnberg (1700-1761), gibt die Reichskreise in unterschiedlichem Kolorit wieder. Sie weist zusätzlich die mit einem Asterisk bezeichneten Residenzorte der kreisausschreibenden Fürsten oder Kreisdirektoren nach (Haupt- oder Kreisdirektorialörter). Im einzelnen handelt es sich dabei um folgende Kreise und Städte (im Uhrzeigersinn, beginnend mit 12.00 Uhr Mittag; bei den Orten ist in Klammer das ausschreibende Fürstentum bzw. dessen Inhaber vermerkt):

Niedersächsischer Kreis (dunkelrot): Magdeburg (Kurbrandenburg), Stade und Braunschweig (Kurhannover bzw. Herzogtum Braunschweig) *Obersächsischer Kreis* (helles gelb): Dresden (Kursachsen) *Fränkischer Kreis* (dunkelgrün): Bamberg (Fürstbistum), Ansbach und Bayreuth (Brandenburg, fränkische Markgraftümer) *Bayerischer Kreis*: Salzburg (Erzbistum) und München (Kurbayern) *Österreichischer Kreis* (helles gelb): Wien (Österreich) *Schwäbischer Kreis* (hellrot): Meersburg (Fürstbistum Konstanz) und Stuttgart (Herzogtum Württemberg) *Kurhheinischer Kreis* (dunkles gelb): Mainz (Erzbistum und Kurfürstentum) *Oberrheinischer Kreis* (grau): Worms (Fürstbistum) und Simmern (Kurpfalz) *Burgundischer Kreis* (hellrot): Brüssel (Österreich) *Niederrheinisch-Westfälischer Kreis* (helles grün): Münster (Erzbistum und Kurfürstentum Köln), Jülich und Kleve (Kurpfalz bzw. Preußen)

als einer der *ältest regierenden deutschen Reichsfürsten* eine derartige Widergesetzlichkeit begangen hatte.⁷² Dem oberrheinischen Ausschreibamt wurde befohlen, mit der Exekution fortzufahren und der bisher bewiesenen *rühmlichen deutsch patriotischen Neigung* weiter nachzukommen. Am 3. Oktober kam aus Schwetzingen die Anfrage, was geschehen solle, weil Kassel zwar mehrfach die Räumung angeboten, aber immer noch nicht vollzogen habe und die Exekutionstruppen den kommenden Winter über nicht zusammengehalten werden konnten. Nun wurden die kaiserlichen Dragoner ins Spiel gebracht. Oberrhein requirierte beim kaiserlichen Hof zwei Regimenter, die demnächst auf dem Marsch nach den Niederlanden durch Hessen-Kassel ziehen sollten, als Auxiliartruppen des Österreichischen Kreises. Falls bis dahin aber die Räumung erfolgt sein sollte, sollte diese Requisition und die daraufhin erfolgte kaiserliche Entschließung geheim bleiben. Eine entsprechende Bitte wurde vom hessen-rheinfelsischen Anwalt am 24. Oktober in Wien präsentiert. Diese Drohung genügte. Am 27. Oktober konnte Oberrhein melden, daß sich Kassel *besser begriffen* und die Festungen Rheinfels und Katz wirklich geräumt habe. Beide seien mit rheinfelsischen Truppen besetzt.⁷³

Die Rheinfelser Sache war vom Aufwand und der Dramatik her eine spektakuläre Exekution. Sie war nach Beendigung des Spanischen Erbfolgekriegs unter Karl IV. in reichskonstitutioneller Form, aber mit nachdrücklicher Unterstützung des kaiserlichen Hofes und Rückendeckung der kaiserlichen Armee erfolgreich durchgeführt worden. Es war jedoch nicht die einzige. Erwähnt sei noch die ähnliche, jedoch weniger bedeutsame und rascher erledigte Sache der Reichsgrafschaft Limpurg. Nach dem Tod des letzten männlichen Schenken Vollrat⁷⁴ war dort im Dezember 1713 preußisches Militär auf dem Rückmarsch vom Oberrhein eingerückt. Es zog jedoch rasch wieder ab, weil der Reichshofrat eine Exekutionskommission auf den Fränkischen Kreis, verbunden mit einem Auxiliatorium auf den Schwäbischen erkannte. Auch hier war, um *Recht und Gerechtigkeit bey dem wehrten Vatterland zu erhalten*, vorsorglich Ordre an den Reichsfeldmarschall Prinz Eugen ergangen, der Kommission *benötigtenfalls* kaiserliches Militär zu überlassen,⁷⁵ und auch hier vertrat Preußen durch den Geheimrat von Beringer die These vom Prüfungsrecht- bzw. der Prüfungspflicht der Kreisausschreibämter.⁷⁶

Die *ansonsten gewöhnlichen* Ausschreibämter im Südwesten und im Rhein-Main-Gebiet waren aber nicht in jedem Fall glücklich über die Aktivität der Soldaten des Prinzen von Savoyen. In diese Jahre fällt auch der Streit um die Eintreibung ritterschaftlicher Subsidiengelder in der Wetterau, der zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Oberrheinischen Kreisausschreibamt und dem kaiserlichen Hof führte. Diese Steuereintreibungen mit Hilfe der Philippsburger Soldaten erstreckten sich hin und wieder bis in reichsständische Gebiete. Betroffen war etwa der hanauische Flecken Rod-

heim. Dort war am 8. Mai 1715 auf Anweisung der Mittelrheinischen Reichsritterschaft in Friedberg ein Kapitän mit 20 Grenadiern vom kaiserlichen Neuburgischen Regiment ohne Requisition bei der hanauischen Regierung einmarschiert und hatte auf den Gütern ritterschaftlicher Hofleute vollstreckt. Das Ausschreibamt rügte die *confuse* Exekution und gleichsam landfriedensbrüchige Störung der öffentlichen Ruhe, gegen die man sich notfalls mithilfe der assoziierten Kreise wehren wollte. Der kaiserliche Hof blieb aber in der Spezialfrage der Exekution auf den nicht eingekreisten ritterschaftlichen Besitzungen bei seinem Vollstreckungsrecht und behielt sich vor, durch kaiserliche bzw. vom Ritterkorpus abgeschickte Soldaten exequieren zu lassen. Die Kompetenzberühmung des oberrheinischen Ausschreibamts wurde u.a. mit dem seit Donauwörth bekannten Argument zurückgewiesen, die Kreisverfassung sei zur Vollziehung, nicht aber zur Verhinderung der kaiserlichen Befehle, errichtet worden.⁷⁷

In den bisher referierten Exekutionsfällen aus der Zeit Josephs I. und Karls VI. hatte sich die reichshofrätliche Aktivität hauptsächlich gegen Schweden, Brandenburg-Preußen und Hessen-Kassel gerichtet. Daß sich die Erhaltung von *Recht und Gerechtigkeit im werten Vaterland* aber nicht nur gegen führende protestantische Mächte richten konnte, zeigte sich in der Sache Zwingenberg.⁷⁸ Diese ritterschaftliche Burg lag am Neckar, kurz nach dessen Eintritt in den Odenwald.⁷⁹ Sie war wie Rheinfels ein Restitutionsfall, allerdings nicht aufgrund des Friedens von Rijswijk oder Baden, sondern noch unerledigt vom Westfälischen Frieden her. Seit dem Aussterben der ritterschaftlichen Familie von Hirschhorn im Dreißigjährigen Krieg hatte es hier Streit um das Erbe gegeben. Die Kurpfalz hatte 1696 unter Übergehung der Rechte der hirschhornschen Eigentumserben den damaligen Freiherren und späteren Grafen Franz Melchior von Wi(e)ser⁸⁰ mit der Herrschaft belehnt. Sein ältester Sohn Ferdinand Andreas,⁸¹ der Zwingenberg erbte, war kurpfälzischer Gesandter am kaiserlicher Hof. Er hatte im Fall Rheinfels zu jenen *deutsch patriotischen* katholischen Beamten gehört, die mitgeholfen hatten, dem Kasseler Landgrafen Karl noch in seinem hohen Alter die oben geschilderte Demütigung zuzufügen. Nun ging es wieder um die Räumung einer Veste, die an strategisch günstiger Stelle hoch über einem Fluß gelegen war, aber die Exequenden waren Wiser und die Kurpfalz. Maßgebend beteiligt an der schließlich erfolgten Räumung von Zwingenberg war das evangelische Herzogtum Württemberg.

Der Zwingenberger Fall hat eine gewisse Berühmtheit in der Verfassungsgeschichte nicht zuletzt deshalb erlangt, weil er auch in die Religionsverfassung des Reichs einschlug. Um die Exekution zu verhindern, hatte Kurpfalz den Reichstag angerufen und dort mithilfe der katholischen Stände eine Mehrheit erlangt. Dies hatten die Evangelischen zum Anlaß genommen, die Sache als Religionsangelegenheit zu deklarieren und eine Trennung des

Reichstags (*Itio in partes*) herbeizuführen.⁸² Die *Itio* der Protestanten im Fall Zwingenberg hat viel publizistischen Staub aufgewirbelt, aber das letztendliche Gelingen der Exekution eher erschwert, brachte sie doch den Reichshofrat in die Gefahr, in den Streit der Religionsparteien hineingezogen zu werden und hier, was man in Wien nicht wollte, Partei ergreifen zu müssen. Das Dilemma bestand darin, daß man einerseits die *Itio* in einer Sache, die man nicht als Religionsangelegenheit betrachtete, nicht gestatten konnte, weil sonst die Protestanten jeden Mehrheitsbeschluß des Reichstags nachträglich hätten zu Fall bringen können. Dies betrachtete man als den *Umbsturtz aller Reichsverfassungen*, so daß es für Kaiser und Reich besser sei, *gar keinen, als dergleichen Reichstag zu haben*. Andererseits sah der Wiener Hof das Verhalten der Kurpfalz, die den Fall auf dem Weg des Rekurses an den Reichstag gebracht hatte, für die kaiserliche Jurisdiktion als ebenso schädlich an. In Judizialsachen bzw. von der Reichsdeputation bereits entschiedenen Sachen, die nur noch der Exekution bedurften, hielt nämlich der Reichshofrat die Anrufung des Reichstags für unzulässig, weil *ein so gestalter Recursus die potestatem Caesaream* (kaiserliche Gewalt) *gänzlich darnieder lege*.⁸³

Joseph II. und die Reichsexekution: Ebernbург, Schwarzach, Lüttich

In den beiden Jahrzehnten nach dem Tod Karls VI. durchlebte das Reich innere und äußere Kriege, insbesondere den Österreichischen Erbfolgekrieg (1740-1748) und den Siebenjährigen Krieg (1756-1763), von denen auch die Reichsjustiz in Mitleidenschaft gezogen wurde. Erst nach dem Hubertusburger Frieden 1763 trat eine Beruhigung ein, die der Justizpolitik wieder Raum gab. Es folgte noch einmal eine Blüte der Reichsjustiz bis in die Jahre der Französischen Revolution, verbunden freilich auch mit heftigen Auseinandersetzungen. In diese Zeit fielen vor allem die Reformbemühungen Josephs II., dem die letzte und in Teilen erfolgreiche Visitation des Kammergerichts zu danken war.⁸⁴ Während die Reichsdeputation in Wetzlar tagte, fast zehn Jahre lang von 1767 bis 1776, erfolgten parallel dazu, sicherlich aber auch im Blick auf die Gerichtsreform, kaiserliche Aktivitäten auf dem Gebiet der Reichsexekution. Die Bestrebungen der siebziger und achtziger Jahre des Jahrhunderts waren geprägt vor allem durch eine stärkere Betonung der Rolle des kaiserlichen Hofes. Direkter und radikaler noch als Karl VI. machte Joseph die Sache der Reichsjustiz zu der seinigen. Nach anfänglichen Erfolgen kam es dann aber auch hier, wie auf anderen Tätigkeitsfeldern des Kaisers, zu einem Rückschlag. Nur noch einmal, am Ende seiner Regierungszeit - und schon darüber hinausweisend -, erhob sich die Reichsjustiz und Reichsexekution zu einem letzten Finale, freilich schon auf dem Hintergrund

der Ereignisse in Frankreich, die dem Alten Reich anderthalb Jahrzehnte später sein Ende bereiten sollten.

Zunächst überwogen jedoch die Hoffnungen. Der Fall, in dem sich der junge Kaiser den Ruf eines entschlossenen Reformers der Justiz verschaffte, entstammte wie die Zwingenberger Sache den ritterschaftlichen Angelegenheiten. Wieder war der Gegner die Kurpfalz. Ort des Geschehens war die linksrheinische, an der Nahe bei Kreuznach gelegene Ebernburg. Die Besitzerfamilie von Sickingen hatte Burg und Herrschaft 1750 räumen müssen, nachdem der kurpfälzische Rat Cunzmann⁸⁵ die Bauern aufgewiegelt hatte.⁸⁶ Seitdem kämpfte ein Verwandter des Vertriebenen, der würzburg-bambergische, mit dem Bischof verschwägte Hofrat Wilhelm Friedrich von Sickingen um die Restitution der Ebernburg. Schon 1766 sah der Bamberger Hofrat Schwarz, der die Geschäfte des dortigen Kreisausschreibamts bearbeitete, Weiterungen wie in der Rheinfelser Sache voraus.⁸⁷

Anfangs wurde der Fall von den Kreisen Oberrhein und Franken eher zurückhaltend behandelt. Dessen ungeachtet betrieb Sickingen die Angelegenheit am Wiener und am Bamberger Hof. Im September 1768 berichtete er nach Bamberg, wie Kaiser und Reichshofrat bezüglich der Vollstreckung - *in materia executionis* - gesonnen seien und daß man jetzt hoffen könne, das im Reich fast ganz ins Stocken geratene Exekutionswesen wieder in Ordnung zu bringen. Es komme nun darauf an, daß die *wohlndenkenenden* Reichsfürsten den Kaiser unterstützten. Gerade auf den Bischof von Bamberg setze man wegen seiner reichskundigen patriotischen *Denkart* die Hoffnung, daß er mitmachen und dadurch den anderen Fürsten ein *erhabenes Beyspiel* geben werde. Kaiser und Reichshofrat wollten diese Sache bei *jetzigen Umständen auf das eusserste bringen*.⁸⁸ Auf Sickingens Betreiben wurde sogar der turnusgemäß für die Sache zuständige Hofrat durch einen Mann ersetzt, dem Wien eher zutraute, sich in den zu erwartenden Auseinandersetzungen mit den Gesandten Brandenburgs, Hannovers und der Pfalz zu behaupten.⁸⁹

Doch Kurpfalz wehrte sich. Unterstützt von Baden-Durlach, dem zwei Fünftel von Ebernburg gehörten, legte es Rekurs am Reichstag ein. Mannheim erklärte, daß es eine Exekution auf seinem Territorium als illegal betrachte,⁹⁰ und besetzte die Ebernburg und Kreuznach mit Militär. Den Subdelegierten der vollstreckenden Ausschreibämter, die im November 1770 in der Gegend eintrafen, wurde der Aufenthalt in Kreuznach dadurch unmöglich gemacht, daß dem Gastwirt verboten wurde, die Zimmer zu heizen.⁹¹ Die Gesandten von Kurmainz, Bamberg und Ansbach zogen daraufhin in das mainzische Bingen, wo sie bis zum Herbst des folgenden Jahres ausharren mußten.⁹² Unterdessen wurden in Wien und Regensburg die wichtigen Entscheidungen getroffen. Schon ein Jahr vor der Abreise der Subdelegierten hatte Joseph II. dem Reichshofratspräsidenten Graf Harrach durch ein Handbillet zu erkennen gegeben, daß er sich der Sache besonders annehmen wolle.⁹³ Es

ist also schon die Rede davon, daß der Burgundische Kreis beigeordnet werden könne. Außerdem sollte eine Widerlegung der pfälzischen Rekurschrift angefertigt werden, damit der kaiserliche Prinzipalkommissar in Regensburg den Pfälzer und Badener Argumenten entgegentreten könne. Diese persönliche Anteilnahme Josephs an der Sache blieb auch im weiteren Verlauf der Exekution lebendig. So berichtete der ansbachische Gesandte von der Lith anläßlich der Übergabe eines kurpfälzischen Vergleichsvorschlags, der Kaiser sei in der Audienz *sehr en detail* gegangen und habe dabei eine *so tiefe Kenntniß* der deutschen Reichsverfassung gezeigt, daß der Gesandte darüber erstaunt gewesen sei.⁹⁴

Die Exekution wurde zunächst verzögert, weil der Kaiser auf Intervention von Großbritannien und Preußen, vielleicht auch durch außenpolitische Spannungen veranlaßt,⁹⁵ einen Güteversuch befahl. Kurpfalz wollte sich aber nicht, wie von Joseph gewünscht, vor der Exekutionskommission in Güteverhandlungen einlassen, sondern nur auf dem Reichstag. Gleichzeitig wurden schwere Vorwürfe gegen den Reichshofrat erhoben, den man des Mißbrauchs des Mandats- und Reskriptprozesses beschuldigte. Sein Verfahren wurde als willkürlich und nichtig bezeichnet. Die Anordnung einer Exekutionskommission war aus dieser Sicht *kostspielig, unnötig, vergeblich, unzeitig und verhänglich*. Sie vereitete die Wirkung des Rekurses am Reichstag und sei ein Verstoß gegen das Versprechen des Kaisers in der Wahlkapitulation, niemanden unter dem Vorwand der Rechtspflege (*sub specie iustitiae*) zu *vergewaltigen*.

Die Verlesung dieses Schreibens rief im Reichshofrat *allgemeine Ärgernis* hervor.⁹⁶ Dort war man der Ansicht, daß zur Zeit kein Reichsstand vorhanden sei, der wie dieses Kurhaus mindermächtige Nachbarn unterdrücke, sich *als ganz ohnabhängig und souverain* darstelle und dem kaiserlichen oberstrichterlichen Amt Trotz biete. Die pfälzische Absicht, am Reichstag ein Regulativ gegen die Mandats- und Reskriptprozesse, die Eilverfahren also, zu erwirken, ziele ins Mark der reichsrichterlichen Aktivität, weil sie den Reichsgerichten die Möglichkeit nehme, gegen Tätlichkeiten rasch vorzugehen. Die Mehrheit stimmte am 16. Mai 1771 dafür, die Vergleichskommission umgehend aufzuheben und die Exekution fortzusetzen, während die Minderheit mit Rücksicht auf die königlichen Höfe für eine letzte, kurze Vergleichsfrist von acht Tagen stimmte. Die Entscheidung überließ man dem Kaiser, doch wies der Reichshofrat am Ende des Gutachtens darauf hin, daß man künftig den kurpfälzischen Gewalttaten lieber freie Hand lassen wolle, als durch den Erlaß fruchtloser Anordnungen das kaiserliche Ansehen dem kurpfälzischen Spott und Trotz auszusetzen. Dadurch werde den bedrängten Ständen noch mehr geschadet, als wenn überhaupt nichts geschehe, und die kostbare Zeit des Reichshofrats verschwendet.

Der Kaiser genehmigte, obwohl er die Mehrheitsmeinung für dem Recht

gemäß hielt, den Vorschlag der Minderheit aus den von ihr genannten Gründen, *und um Chur Pfaltz das Maaß recht voll zu geben*. Das weitere vollzog sich nun sehr rasch. Im Juli wurden der Exekution 8000 Mann kaiserlicher Truppen, die in die Niederlande zogen, zur Verfügung gestellt. Daraufhin räumte Kurpfalz Ebernburg und Kreuznach, die Subdelegierten der Kreise rückten wieder in Kreuznach ein. Um die vom Kaiser beabsichtigte Demütigung voll zu machen, verbot der Wiener Hof, daß der nun möglich gewordene Vergleich zwischen Sickingen und der kurpfälzischen Regierung direkt, also gewissermaßen *außergerichtlich*, getroffen wurde. Er mußte vor der Exekutionskommission publiziert werden, und die Subdelegierten wurden angewiesen, in Kreuznach zu bleiben, bis die kaiserliche Bestätigung des Vergleichs, mit dem die Angelegenheit beendet wurde, eingetroffen sei.⁹⁷ All das bewies, wie der Ansbacher Subdelegierte teilnahmsvoll formulierte, daß der Wiener Hof der Pfalz die *schwere Hand bis auf die kleinsten Punkte* spüren lassen wollte.⁹⁸

Die Exekution in Sachen Ebernburg erweckte in der deutschen Öffentlichkeit Hoffnungen auf der einen, *Eiferung* gegen die wachsende Macht des Kaisers auf der anderen Seite,⁹⁹ zumal da in dieser Zeit noch andere Exekutionen mit österreichischer Hilfe betrieben wurden. Während sich die geistlichen Territorien, die kleineren Stände und die Reichsritterschaften wirksamen Schutz durch das wieder in Gang gekommene Reichsjustizwesen versprachen, sahen sich die großen weltlichen Staaten einer *aller Orten dem alten deutschen Fürstenstand drohenden Gefahr* ausgesetzt.¹⁰⁰ Das Fortschreiten auf dem hier eingeschlagenen Weg hätte der Reichsjustiz sicherlich weitere Perspektiven eröffnet, doch wurde der Kaiser gebremst. Das Hindernis kam nicht etwa vom Reichstag oder von den großen auswärtigen Mächten, sondern von einer inneren Opposition am Wiener Hof.

Anlaß war diesmal der Streit um das Kloster Schwarzach in der Rheinebene zwischen Baden-Baden und Greffern. Dieses Kloster beanspruchte die Reichsunmittelbarkeit und prozessierte darüber mit Baden am Reichskammergericht.¹⁰¹ Dritte Streitpartei war Kurmainz, das über Schwarzach Rechte als geistliche Obrigkeit geltend machte. Nun war in der Sache zwar noch kein Endurteil gefällt worden, das Reichskammergericht hatte aber wegen Vertreibung des Abts durch Baden eine Manutenzkommission auf Württemberg als kreisausschreibender Fürst in Schwaben erkannt.¹⁰² Da Stuttgart die Sache wegen der von Baden und Kurmainz am Reichstag eingelegten Rekurse hinhaltend betrieb, wollte das Kloster Österreich der Kommission beordnen. Kaunitz erstattete über diese Absicht am 6. November 1781 Vortrag an den Kaiser.¹⁰³ Er lehnte dabei eine Verwicklung Österreichs in die Sache strikt ab. Zur Begründung gebrauchte er Argumente von der Art, wie sie sonst ausschreibende Fürsten im Reich benutzten, wenn sie den Exekutionsauftrag eines obersten Reichsgerichts nicht ausführen wollten.

Er wies darauf hin, daß man sich durch Übernahme von Vollstreckungsaufträgen stets Feinde mache. *Alle Exekution ist immer eine gehässige Sache. Der Reichsstand, gegen den sie geführt wird, behält davon ganz gewiß ein ungünstiges Andenken, von welchem bei vorkommender Gelegenheit seine Gesinnungen und Benehmungen die Richtung erhalten.* Das galt noch mehr im Fall Österreichs. Da Wien aufgrund seiner Privilegien nicht zur Übernahme verpflichtet sei, werde eine vom Erzhaus vorgenommene Exekution *immer den gehässigsten Eindruck machen.* Eine Exekution sei daher nur zu übernehmen, wenn das österreichische Interesse mit der Vollstreckung eines reichsgerichtlichen Urteils verflochten wäre.

Diese, vom Standpunkt Österreichs als eines Territorialstaats unter anderen vorgetragene Ansicht stieß zunächst auf den klaren Widerspruch des Kaisers. Joseph resolvierte, ganz im Sinne seiner bisherigen Reichsjustizpolitik: *Wann im Römischen Reich noch die Justiz einige Wirkung zu Beschützung der Schwächeren gegen die Mächtigeren haben soll,* müsse die Schwarzacher Matritenenzkommission durchgeführt werden. Mehr noch, der Kaiser ging soweit, eine unbedingte Übernahmespflicht in allen Fällen reichsgerichtlicher Vollstreckungsaufträge zu bejahen. Wenn Österreich eine derartige Kommission aufgetragen werde, müsse es diese annehmen, weil sich sonst kein anderer Mitstand dazu bereithalten werde. Außerdem werde es dem Erzhaus noch mehr Ansehen verschaffen, wenn man sicher sein könne, daß es solche Aufträge *ohne Rücksicht*, d.h. ohne vorherige politische Interessensabwägung, ausführe. Joseph befahl sogar schon den entsprechenden Erlaß an die böhmisch-österreichische Kanzlei und den Hofkriegsrat wegen Übernahme der Kommission.

Der Kaiser mit seiner Hausmacht als jederzeit exekutionswilliger Vollstrecker nicht nur der reichshofrätlichen, sondern auch der reichskammergerichtlichen Erkenntnisse¹⁰⁴ - das wäre die Krönung der Reichsjustizreform Josephs gewesen. Es hätte aber zugleich eine Revolution im reichsgerichtlichen Vollstreckungswesen bedeutet. Denn es war eine Sache, durch gelegentliche exemplarische Exekutionen reichshofrätlicher Judikate von Wien aus den Gang der Reichsjustiz zu beleben und das kaiserliche Ansehen dabei mit zu vermehren, und es war etwas anderes, automatisch alle Entscheidungen des Reichskammergerichts zu vollstrecken. Seine Räte versäumten es daher nicht, den Kaiser in zwei eindringlichen Gutachten zu warnen. Dabei gingen die beiden Kanzler, der für Österreich sprechende Kaunitz und der für das Reich zuständige Colloredo im vorher abgestimmten Gleichschritt.¹⁰⁵ Kaunitz räumte ein, daß Josephs Absicht einer *reinen Gerechtigkeitsliebe* entspringe, die er sich als Kaiser und Reichsoberhaupt zum alleinigen Leitfaden seiner Handlungen gemacht habe. Als Erzherzog von Österreich habe er aber noch andere Pflichten, die von denen des Reichsoberhauptes verschieden seien.

Auf Kaunitz' und Colloredos Vorstellungen hin mußte Joseph seine Mei-

nung ändern. Die vom Kammergericht inzwischen schon erkannte Transkription der Schwarzacher Manutenenzkommission auf Österreich lief ins Leere.¹⁰⁶ Der desavouierte Kammerrichter Graf von Spaur durfte einem Schreiben des Reichsvizekanzlers vom 19. April 1782 entnehmen, daß der Kaiser von der Transkription mit *vielm Befremden* erfahren habe. Sie sei mit den österreichischen Privilegien unvereinbar und *äusserst auffallend*. Der Kaiser werde weder die vorliegenden kammergerichtlichen Aufträge¹⁰⁷ noch künftige annehmen. Es kam, wie es Joseph vorausgesehen hatte. Da sich der Kaiser der Sache nicht mehr annahm, tat es auch kein anderer Fürst bzw. kein anderes Kreisausschreibamt. Der Abt mußte seine Träume von der Reichsunmittelbarkeit begraben, und die badische Landeshoheit wurde im Wege eines für das Kloster ungünstigen Vergleichs anerkannt.

Was 1781 trotz Josephs Reformeifer nicht gelang, nämlich einen Präzedenzfall für das Einschreiten Österreichs auf Anrufen des Reichskammergerichts zu schaffen, glückte zehn Jahre später dank des Freiheitsdrangs auf-rührerischer Wallonen. Die Bürger des an der mittleren Maas, im heutigen Belgien, gelegenen Fürstbistums Lüttich, die sogenannten Patrioten, befanden sich dort schon seit längerem in Ständestreitigkeiten mit ihrem Fürstbischof.¹⁰⁸ Diese Auseinandersetzungen nahmen nach dem Sturm auf die Bastille im August 1789 revolutionäre Formen an, so daß Bischof Caesar Konstantin von Hoensbroeck das Land verließ. Noch am Tag der Flucht des Bischofs, am 27. August, hatte das Reichskammergericht ein Protektorium an den Niederrheinisch-Westfälischen Kreis, in dem Lüttich gelegen war, erlassen. Der Kreis erhielt den Befehl, die Rebellion zu dämpfen und dem Bischof wieder den Besitz seines Landes zu verschaffen.

Auf der Direktorialkonferenz trennten sich die kreisausschreibenden Fürsten. Während Kurköln, das von Erzbischof Maximilian Franz, einem Bruder des Kaisers, regiert wurde, und die Kurpfalz für die Vollstreckung eintraten, plädierte Preußen, das die Rebellen deckte, für Vermittlungsversuche. Am 16. April 1790 marschierten die 4000 preußischen und 1000 pfälzischen Soldaten, die sechs Monate im Land gelegen waren, ergebnislos wieder ab. Das Reichskammergericht erkannte daraufhin ein Auxiliatorium an die Kreise Kur- und Oberrhein, Franken und Schwaben. Tatsächlich entsandten Kurmainz und Kurtrier Truppen, die aber für eine wirksame Exekution nicht ausreichten. Am 20. Dezember erging schließlich die Requisition an das österreichische Generalgubernium in Brüssel. Nach der vorangegangenen Verständigung zwischen Preußen und Österreich in der Reichenbacher Konvention, der Wahl Leopolds II. in Frankfurt und der Niederwerfung der Brüsseler Aufständischen war reichspolitisch und militärisch der Weg für die Exekution in Lüttich frei. Dabei kam dem energischen Einsatz des Kölner Kurfürsten Maximilian Franz eine besondere Bedeutung zu.¹⁰⁹ Am 12. Januar 1791 rückte das österreichische Militär ein, wenig später folgte der exilierte Fürstbischof.

Man hat, ungeachtet der letztlich gelungenen Wiedereinsetzung des Bischofs in sein Land, in der Lütticher Sache ein Versagen der Reichsexekution sehen wollen.¹¹⁰ Dabei wurde jedoch nur auf die Aktivitäten der mittleren Kräfte wie Kurköln, Kurpfalz u.a. abgestellt. Wie wir gesehen haben, konnten aber schon seit Karl VI. reichspolitisch bedeutsame Exekutionen mit außenpolitischen Verwicklungen niemals allein von den inneren Reichskreisen bewältigt werden. Sie bedurften der Rückendeckung oder sogar des unmittelbaren Eingreifens des Kaisers. Das Reichs- und Kreissystem kannte keine isolierten Kreise; in ihm hatten die Kreiskonferenzen ebenso ihren Platz wie der *Letzteingriff* von Österreich-Burgund, des Kaisers also, wenn die übrigen vorgeschalteten Mittel nicht ausreichten.¹¹¹ Stellt man diese Verfassungslage und die oben dargestellte Entwicklung der Reichsexekution bei der Bewertung des Lütticher Falls in Rechnung, muß man in ihm nicht unbedingt ein Versagen der Reichs- und Kreisverfassung sehen. Er erscheint dann eher als ihr - letzter - großer Erfolg. Erstmals war in ihm die kaiserliche Macht auch zugunsten des Reichskammergerichts in einer spektakulären Aktion auf reichskonstitutionellem Weg in die Waagschale geworfen worden.

Erweiterte Fassung eines Vortrags, der am 30. März 2000 in der Aula zu Wetzlar gehalten wurde. Das - hier natürlich nur auszugsweise - benutzte Quellenmaterial war schon Anfang und Mitte der achtziger Jahre auf ausgedehnten Archivreisen in Süddeutschland und Wien erhoben worden. Es sollte die Grundlage für eine Habilitationsschrift über die Exekutionskommissionen kreisausschreibender Fürsten in Süddeutschland liefern. Über erste Ergebnisse mit dem regionalen Schwerpunkt des Schwäbischen Kreises hat der Verfasser 1982 in Stuttgart in einem Vortrag vor dem Arbeitskreis für Orts- und Landesgeschichte des Württembergischen Geschichts- und Altertumsvereins berichtet, vgl. RAIMUND J. WEBER, Die kaiserlichen Kommissionen des Hauses Württemberg in der Neuzeit, in: Zeitschrift für Württ. Landesgeschichte 43 (1984), S. 205-234. Sie sind auch in den Artikel von ADOLF LAUFS, Reichskreise, im Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte eingeflossen (HRG IV Sp. 684). Die weitgehend fortgeschrittene Arbeit wurde dann aber durch die im Herbst 1988 erfolgte Berufung des Verfassers zum Stuttgarter DFG-Projekt der Neuverzeichnung von Reichskammergerichtsakten unterbrochen. Angeregt durch den Aufsatz bzw. den diesem zugrundeliegenden Vortrag des Verfassers hat der Stuttgarter Landeshistoriker Franz Quarthal eine Dissertation vergeben, die mittlerweile im Druck vorliegt, vgl. MARTIN FIMPEL, Reichsjustiz und Territorialstaat. Württemberg als Kommissar von Kaiser und Reich im Schwäbischen Kreis (1648-1806) (Frühneuzeit-Forschungen, hg. von PETER BLICKLE, RICHARD VAN DÜLMEN u.a., Band 6), Tübingen 1999. - Als zeitlich begrenzte, umfangreichere Arbeit zum Thema liegt neuerdings für die reichshofrätlichen Kommissionen auch vor: EVA ORTLIEB, Die kaiserlichen Kommissionen des Reichshofrats in der Regierungszeit Ferdinands III. Konfliktregelung im Alten Reich im Zeitalter des Dreißigjährigen Krieges, Diss. phil. (masch.), Münster 1999; eine Zusammenfassung ist abgedruckt unter dem Titel Reichshofrat und kaiserliche Kommissionen in der Regierungszeit Kaiser Ferdinands III. (1637-1657), in: WOLFGANG SEL-LERT (Hg.), Reichshofrat und Reichskammergericht. Ein Konkurrenzverhältnis, Köln, Weimar, Wien 1999, S. 47-81.

Siglen, Archive: HHStA = Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien (MEA = Mainzer Erzkanzlerarchiv); HStAS = Hauptstaatsarchiv Stuttgart; BayHStA = Bayerisches Hauptstaatsarchiv München; GLA Karlsruhe = Generallandesarchiv Karlsruhe; LA Speyer = Landesarchiv Speyer; STAB = Staatsarchiv Bamberg; StAN = Staatsarchiv Nürnberg; Bü = Büschel, Q = Quadrangel. - Literatur: HRG = Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. von ADALBERT ERLER und EKKEHARD KAUFMANN, 5 Bände, Berlin 1971-1998; NDB = Neue deutsche Biographie, hg. von der hist. Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Berlin 1953ff.; QFHG = Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, hg. von BERNHARD DIESTELKAMP, ULRICH EISENHARDT u.a.

1. Zum Kongreß von Soissons vgl. MAX BRAUBACH, Vom Westfälischen Frieden bis zur Französischen Revolution, in: Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, hg. von HERBERT GRUNDMANN, 9. Aufl., Stuttgart 1970 (2. Nachdruck 1981), S. 310.
2. 1719 hatten hannover-braunschweigische Truppen in kaiserlichem Auftrag Mecklenburg-Schwerin besetzt und Herzog Karl Leopold vertrieben. In Rostock war eine Kommissionsregierung eingerichtet worden, die das Land verwaltete; vgl. OTTO VITENSE, Geschichte von Mecklenburg, Gotha 1920, S. 256ff.; KARL OTMAR VON ARETIN, Das Alte Reich 1648-1806, Band 2: Kaisertradition und

- österreichische Großmachtpolitik (1684-1745), Stuttgart 1997, S. 259f.
3. Dies und das folgende nach Relation Sinzendorfs, Fontainebleau 6.10.1728 (HHStA Reichskanzlei, Kleinere Reichsstände 347).
 4. Vgl. dazu ALEXANDER BRUNOTTE, RAIMUND J. WEBER (Bearb.), Akten des Reichskammergerichts im Hauptstaatsarchiv Stuttgart A-D. Inventar des Bestands C 3 (Veröffentlichungen der staatl. Archivverwaltung Baden-Württemberg, Band 46/1), Stuttgart 1993, S. 49f.
 5. Dazu WEBER, Kommissionen, a.a.O., passim.
 6. Als Beispiel für die im späten 16. und frühen 17. Jahrhundert häufig auftretende Pfändung von Jagdgerät in territorialen Nachbarstreitigkeiten und die kammergerichtliche Erledigung in Form von Mandatsachen vgl. aus der ortsgeschichtlichen Literatur: RAIMUND J. WEBER, Die Hasenjagd am Pfaffenberg. Ein Prozeß vor dem Reichskammergericht über adelige Jagd und freie Pirsch in Lautern, in: Freundliches Lautern. Geschichte und Geschichten von Heubach-Lautern im Ostalbkreis, bearb. von GERHARD KOLB, Schwäbisch Gmünd 1995, S. 200-204.
 7. Die Reichshistorie faßte sie für mehrere Jahre zusammen unter Überschriften wie *Einheimische Reichssachen, Einheimische teutsche Händel, Andere einzelne Händel*, vgl. etwa JOHANN STEPHAN PÜTTER, Grundriß der Staatsveränderungen des deutschen Reichs, 3. Aufl., Göttingen 1764, §§ 112, 115, 118 (S. 254, 257, 260).
 8. Die Verknüpfung von Kreis-, d.h. im wesentlichen der Wehrverfassung, und der reichsgerichtlichen Exekution ergab sich aus der ursprünglichen Kernaufgabe der reformierten Reichsgerichtsbarkeit, dem Landfriedensschutz; vgl. dazu ADOLF LAUFS, Die Reichskammergerichtsordnung von 1555 (QFIG 3), Köln, Wien 1976, S. 42f. (Einleitung). - Zum Verhältnis von Kreis- und Militärorganisation des Reichs: PETER-CHRISTOPH STORM, Der Schwäbische Kreis als Feldherr. Untersuchungen zur Wehrverfassung des Schwäbischen Reichskreises in der Zeit von 1648 bis 1732 (Schriften zur Verfassungsgeschichte, Band 21), Berlin 1974, S. 31ff.
 9. Teil 3 Titel 48 § 8 und 9 RKGO 1555 (ed. LAUFS, a.a.O., S. 267). - Die Kreishilfe in Landfriedenssachen ist bestimmt in §§ 51, 62-65 Reichsabschied Augsburg 1555 (= Religionsfrieden und Reichsexekutionsordnung, ed. JOHANN JAKOB SCHMAUSS, Corpus iuris publici ... academicum, 3. Aufl., Frankfurt und Leipzig 1735, S. 233, 237f.).
 10. LAUFS, a. a. O., S. 22f.
 11. Vgl. dazu neben der älteren Arbeit von ERNST BOCK, Der Schwäbische Bund und seine Verfassungen (1488-1534). Ein Beitrag zur Geschichte der Zeit der Reichsreform (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte 137), Breslau 1927, neuerdings HORST CARL, Der Schwäbische Bund 1488-1534. Landfrieden und Genossenschaft im Übergang vom Spätmittelalter zur Reformation (Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde, Band 24), Leinfelden-Echterdingen 2000.
 12. Zum Ablauf vgl. RUDOLF ENDRES in: MAX SPINDLER (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Band 3/1 - Franken, 2. Aufl. 1979, S. 208ff.; GERHARD TADDEY, Art. *Markgräflerkrieg* in: ders. (Hg.), Lexikon der deutschen Geschichte, 2. Aufl., Stuttgart 1983, S. 798.
 13. Die Überleitung des Markgrafenkriegs von der Angelegenheit eines *Sonderbundes* der Stände Bamberg, Würzburg und Nürnberg u.a. im Fränkischen Kreis in die verfassungsrechtlichen Formen des Reichs- und Kreissystems stellt explizit schon heraus FRITZ HARTUNG, Geschichte des Fränkischen Kreises, Leipzig 1910, S. 211ff.
 14. Zur Entstehung der Reichsexekutionsordnung und zum Anteil des Schwäbischen

- Kreises vgl. ADOLF LAUFS, Der Schwäbische Kreis. Studien über Einungswesen und Reichsverfassung im deutschen Südwesten zu Beginn der Neuzeit (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, Neue Folge, hg. von ADALBERT ERLER u.a., Band 16), Aalen 1971, S. 271ff.
15. HEINRICH TRIEPEL, Die Reichsaufsicht. Untersuchungen zum Staatsrecht des Deutschen Reiches, Berlin 1917, S. 32f.
 16. Zitat nach LAUFS, Schwäbischer Kreis, S. 264.
 17. Vgl. zum folgenden den Überblick zur Kreisverfassung nach dem derzeitigen Forschungsstand bei WINFRIED DOTZAUER, Die deutschen Reichskreise in der Verfassung des Alten Reiches und ihr Eigenleben (1500-1806), Darmstadt 1989; für die süddeutschen Kreise neuerdings auch: WOLFGANG WÜST (Hg.), Reichskreis und Territorium: Die Herrschaft über der Herrschaft? Supraterritoriale Tendenzen in Politik, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft. Ein Vergleich süddeutscher Reichskreise (Augsburger Beiträge zur Landesgeschichte Bayerisch-Schwabens, Band 7), Stuttgart 2000.
 18. ANTON KARL MALLY, Der Österreichische Kreis in der Exekutionsordnung des Römisch-deutschen Reiches (Wiener Dissertationen aus dem Gebiete der Geschichte, Band 8), Wien 1967.
 19. PETER CLAUS HARTMANN, Der Bayerische Reichskreis (1500 bis 1803). Strukturen, Geschichte und Bedeutung im Rahmen der Kreisverfassung und der allgemeinen institutionellen Entwicklung des Heiligen Römischen Reiches (Schriften zur Verfassungsgeschichte 52), Berlin 1992.
 20. Auf die Unterschiede zwischen den fünf kaiserlichen bzw. Kurkreisen (einschließlich Bayerns) und den fünf vielgliedrigen Kreisen hat bereits Heinz Mohnhaupt unter Bezugnahme auf ein Zitat Nikolaus Thaddäus Gönners hingewiesen: HEINZ MOHNHAUPT, Die verfassungsrechtliche Einordnung der Reichskreise in die Reichsorganisation, in: Der Kurfürst von Mainz und die Kreisassoziationen 1648-1746. Zur verfassungsmäßigen Stellung der Reichskreise nach dem Westfälischen Frieden, hg. von KARL OTMAR FRHR. VON ARETIN (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz, Abt. Universalgeschichte, Beiheft 2), Wiesbaden 1975, S. 16. Was hier für das *innere Kreisleben* (Abhaltung von Kreistagen u.a.) gesagt wird, gilt auch für die Aktivität auf dem Gebiet der reichsgerichtlichen Exekution - allerdings nur für das Innere des Kreises, nicht für seine Rolle im Reichs- und Kreissystem als Ganzes.
 21. RUDOLF ENDRES, in: Handbuch der bayerischen Geschichte 3/1, S. 193ff., 212ff., 231ff.
 22. Der neueste Überblick zur reichhaltigen Literatur findet sich bei FIMPEL, a.a.O., S. 20.
 23. So das Resümee meiner Aktenstudien im Schwäbischen Kreis, vgl. WEBER, Kommissionen, S. 236; aufgrund anschließender Forschungen in den Staatsarchiven Nürnberg und Bamberg, deren Publikation noch aussteht, kann ich das auch für den Fränkischen Kreis sagen - wie überhaupt in der deutschen Verfassungsgeschichte die Kreise Schwaben und Franken vielfach *pari passu* gehen.
 24. Zum Niedersächsischen (auch zum Niederrheinisch-Westfälischen) Kreis vgl. GERD VAN DEN HEUVEL, Niedersachsen im 17. Jahrhundert (1618-1714), in: CHRISTINE VAN DEN HEUVEL, MANFRED VON BOETTICHER (Hg.), Geschichte Niedersachsens, begr. von HANS PATZE (Veröffentlichungen der hist. Kommission für Niedersachsen und Bremen 36), 3. Band, 1. Teil, Hannover 1998, S. 165ff.; CHRI-

- STOF RÖMER, Niedersachsen im 18. Jahrhundert (1714-1803), ebd., S. 223-227.
25. Dieser aktive, um nicht zu sagen aggressive Gebrauch, den Brandenburg-Preußen von der Mecklenburger Sukzession bis Lüttich von seinen nord- und westdeutschen Kondirektorialrechten machte, sollte einmal im Zusammenhang dargestellt werden; das Thema ist eines der dringendsten Desiderate der deutschen Verfassungsgeschichte. Noch in der neuesten Landesgeschichtsschreibung kommt nichts davon vor; vgl. INGO MATERNA UND WOLFGANG RIBBE (Hg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 320f. (zur Teilnahme Brandenburgs an den Kreisinstitutionen um 1700).
 26. Über den Vorgang und seine territorialpolitischen Folgen vgl. mit weiterführenden Literaturhinweisen D. ALBRECHT, in: MAX SPINDLER (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Band 2 - Das alte Bayern. Der Territorialstaat vom Ausgang des 12. Jahrhunderts bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, 2. Aufl., München 1977, S. 371f.; A. LAYER, ebenda Band 3/2 - Schwaben und Oberpfalz, 2. Aufl., München 1979, S. 931.
 27. Zur konfessions- und reichspolitischen Bedeutung: MARTIN HECKEL, Deutschland im konfessionellen Zeitalter (Deutsche Geschichte, hg. von JOACHIM LEUSCHNER, Band 5), Göttingen 1983, S. 111ff.
 28. A. LAYER, a. a. O., S. 1033f.
 29. Vorstellung der Gesandten der ev. Kurfürsten, Fürsten und Stände an den Kaiser, Regensburg 14.3.1608 (HStAS C 10 Bü 444 ohne Q).
 30. Vgl. das Interzessionsschreiben der ev. Stände Pfalz-Neuburg, Brandenburg, Württemberg, Baden, Regensburg, Nürnberg, Ulm, Nördlingen und Schwäbisch Hall an den Kaiser 20.5.1607 in Sachen Donauwörth (HStAS C 10 Bü 442 Q 10, 24): Absender hätten gehofft, der Bischof von Augsburg (= Kläger) wäre mit seiner Klage an das Kammergericht verwiesen worden. Kaiser und Stände hätten durch *sonderbare bündtliche vergleichung der instantien und cammergerichts ordnung halben* vereinbart, daß die *religionsstritt ohne milt* an das Reichskammergericht gehörten, an dem Assessoren von beiden Religionen bestellt wurden.
 31. Gutachten eines nicht gen. württ. Rats, Stuttgart 7.12. und Kirchheim 13.12.1607 (a.a.O., Bü 442 a Bl. 10'): Es hat bei allen Ständen und den ausländischen, dem Herzog 'wohlaffektionierten' Potentaten den Anschein, als sei er am meisten durch die Donauwörther Exekution *offendiert und dero in ihr wolhergebrachtes und zu vielen sachen dienendes kreiß obersten ampt ein intrag geschehe*.
 32. Das Argument der zu vermeidenden Konfusion der Kreise taucht in den protestantischen Beschwerdeschriften der Zeit häufig auf; vgl. das gen. Schreiben (In der Exekutionsordnung ist bestimmt, daß die Reichskreise nicht *confundirt* werden.) sowie die Schreiben Württembergs an den Kaiser, Bayern und den Bischof von Augsburg 26.5.1607 (a.a.O., Q 15-17).
 33. Antwort des Kaisers an die interzedierenden Fürsten und Stände vom 2.8.1607, d.h. einen Tag vor Ausfertigung des Achtbriefts gegen die Stadt (a.a.O., Q 29): Der Kaiser ist weder durch die Reichsexekutionsordnung noch durch die Kreisverfassung verpflichtet, zur Exekution seiner Urteile *sonsten kein milt* vorzukehren *dann allein bloß deß jhenigen craiß obristen zuethueung, darunder der condemnirte geseßen*. Bei Vorliegen erheblicher Bedenken, etwa wenn der zunächst zur Exekution Berufene - wie hier Württemberg - nicht vollstrecken will oder sich sogar der Exequenden annimmt, kann er andere Mittel einsetzen.
 34. Diese relativierende und einschränkende Interpretation der Exekutions- und

- Kreisverfassung seitens des kaiserlichen Hofes kam ganz unzweideutig zum Ausdruck im Vorhalt der Kommissare Johann Eustach von Westernach, Komtur auf der Kapfenburg, und Reichshofrat Hans Heinrich von Neuhausen an den - von Württemberg einseitig ausgeschriebenen - Kreistag in Ulm. Sie erklärten die Versammlung für nichtig und verboten die Diskussion der Donauwörther Angelegenheit, die im ordentlichen Prozeßweg verhandelt worden sei, *in sonderbarem bedencken, das die reichs constitutiones zu volnziehung und nicht verhinderung irer mayestät urtheiln gemacht worden* (a.a.O., Bü 442 a Bl. 46'/47; Hervorhebung des Verfassers).
35. Dieses unterschiedliche Verständnis der Reichskonstitutionen wird von der modernen Verfassungsgeschichte ignoriert, so daß in einseitiger Übernahme der ständisch-protestantischen Argumentation durchweg von einer *verfassungswidrigen* Donauwörther Exekution die Rede ist. Auf diese Weise wird das eigentliche Problem verkannt: Es ging eben um den *Konstitutionalisierungsgrad* des Reichs.
 36. Vgl. insbesondere die württ. Akten in HStAS C 10 Bü 68-70.
 37. WEBER, Kommissionen, S. 215f.
 38. Der Fall der mecklenburgischen Sukzession ist von dem eingangs erwähnten Streit zwischen der mecklenburgischen Ritter- und Landschaft und dem Herzog zu unterscheiden. Vgl. zum Sukzessionsstreit auch OTTO VITENSE, Geschichte von Mecklenburg, S. 240ff.
 39. Der aus altem Krainer Adel stammende Christian Freiherr (seit 1695 Reichsgraf) von Eck (1645-1706) war bis zu seiner Entsendung in den Niedersächsischen Kreis kaiserlicher und pfalz-neuburgischer Kämmerer und Reichshofrat, vgl. OSWALD VON GSCHLIEßER, Der Reichshofrat. Bedeutung und Verfassung, Schicksal und Besetzung einer obersten Reichsbehörde von 1559 bis 1806 (Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte des ehem. Österreich 33), Wien 1942, S. 307.
 40. Zeugenaussage der preußischen Offiziere Balzer Friedrich von Quast und Christoph Schnell, Güstrow 21.6.1697, mit Schreiben des Kurfürsten Friedrich an den Kaiser vom 24.8./3.9. (HHStA Reichskanzlei, Kleinere Reichsstände 345).
 41. Der in der Geschichte des deutschen Staatsrechts inzwischen vergessene Jakob Bernhard Mulz (1637-1711) stammte aus Nürnberg und diente dem Haus Oettingen als Geheimer Rat, überwarf sich jedoch mit diesem und prozessierte vor dem Reichshofrat. Aufgrund seines Hauptwerks, der von Ernst Landsberg als *ultra-cäsaristische* Schrift bezeichneten *Repraesentatio majestatis imperatoriae* ... (Oettingen 1690), wurde er vom Kaiser zum Reichshofrat ernannt. Er war jedoch kein ordentliches Mitglied des Gerichtskollegiums und wurde zu besonderen Kommissionen verwendet; vgl. R. STINTZING-E. LANDSBERG, Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft III/1, München und Leipzig 1898, Text S. 42, Noten S. 24.
 42. Vgl. über diese in der deutschen Staats- und Rechtsgeschichte vielbehandelten Autoren, jeweils mit weiterführenden Literaturhinweisen, die knappen Lebensbilder bei GERD KLEINHEYER und JAN SCHRÖDER, Deutsche Juristen aus fünf Jahrhunderten, Karlsruhe und Heidelberg 1976, S. 291ff. (Thomasius), 275ff. (Stryk).
 43. Über den zunächst in kurpfälzischen, dann in kurbrandenburgischen Diensten stehenden Heinrich von Cocceji (1644-1714): STINTZING-LANDSBERG, a.a.O., Text S. 112-116, Noten S. 65-68. Bekannt ist sein Sohn Samuel von Cocceji (1679-1755), der preußische Justizreformer der friderizianischen Zeit; zu ihm: ADALBERT ERLER, Art. Cocceji, Samuel, in: HRG 1, Sp. 616-619; KLEINHEYER-SCHRÖ-

DER, a.a.O., S. 59ff.

44. Der Federkrieg begann mit Mulzens Dissertation *De officio directorum et ducum circularium in executione sententiarum*, 1697 - wie auch die späteren Schriften - anonym herausgegeben. Von ihm stammen außerdem die beiden *Schreiben eines Freundes an einen Freund*, datiert 8./18.6. und 8./18.12.1697. - Die kurbrandenburgischen Titel lauten: CHRISTIAN THOMASII, Theses iuris publici oppositi dissertationem anonymam de officio directorum et ducum circularium, 1697; SAMUEL STRYK, De iure exequendi sententias imperiales directoribus circularum competente contra dissertationem de officio directorum ..., 1698; (HEINRICH VON COCCEJI), Gründliche Behauptung des Reichs und der Craysen Gerechtigkeit die Vollziehung der Urtheil betreffend, 1698. - Gegen die Schriften Coccejis und Stryk verfaßte Mulz die beiden Repliken *Untersuchung der so genannten gründlichen Behauptung des Reichs und der Craisen Gerechtigkeit, die Vollziehung der Urtheil betreffend. Gegen die Dissertation von dem Ampt der craisaufschreibenden Fürsten und Obersten in Vollziehung der Urtheil* und das *Examen scripti de iure exequendi sententias directoribus circularum competente contra dissertationem de officio directorum et ducum circularium in executione sententiarum editi*, beide 1699. - Eine Sammlung dieser Streitschriften bei HEINRICH VON COCCEJI, Deductiones, consilia et responsa in causis illustrium, Band 1, Lemgo 1725, S. 1-116. - Der Streit über die Bindung des Kaisers bzw. der obersten Reichsgerichte bei Vollstreckungsaufträgen an die Kreisausschreibämter und damit über die Exklusivität der kreisausschreibamtlichen Befugnisse, der publizistisch mit Donauwörth begann und im Fall der Mecklenburgischen Sukzession seinen Höhepunkt erreichte, setzte sich noch das ganze 18. Jahrhundert literarisch fort. Die Argumente wiederholten sich jedoch in der Folge.
45. De iure exequendi in imperio, in specie de executione ab uno der crayßaufschreibenden Fürsten altero impedito vel nolente suscepta, Tübingen 1720, Caput III § 9 (S. 28f.).
46. Mehrere Ausfertigungen 1.-5.7.1697 (HHStA a.a.O.)
47. Eberhard Christoph (von) Danckelmann (1645-1722), Erzieher und leitender (*Erster*) Minister Kurfürst Friedrichs III., des späteren Königs, der am Aufstieg des Kurstaates maßgebenden Anteil hatte. Er fiel Ende 1697 in Ungnade und wurde erst unter dem Nachfolger Friedrich Wilhelm I., rehabilitiert. Zu ihm: HANS SARING, in: NDB 5, S. 503f.; Abbildung bei MATERNA-RIBBE, Brandenburgische Geschichte, S. 333.
48. Nach Bericht des mecklenburgischen Gesandten, Berlin 3.2.1698 (HHStA Reichskanzlei, kleinere Reichsstände 346).
49. Der Hamburger Vergleich vom 8.3.1701 bestimmte, daß Friedrich Wilhelm Güstrow behalten sollte, während Adolf Friedrich mit dem Land Stargard und dem Fürstentum Ratzeburg abgefunden wurde (= Herzogtum Mecklenburg-Strelitz); vgl. VITENSE, a.a.O., S. 243f.
50. 1676-1743. - Ein Neffe des Mainzer Erzbischofs Lothar Franz und Bruder des Reichsvizekanzlers Friedrich Karl von Schönborn. Er wurde 1715 Kardinal und später Bischof von Speyer und Konstanz. Auf ihn geht der Ausbau von Bruchsal zur Residenz der Fürstbischöfe von Speyer zurück; vgl. CHRISTA MACK, Art. Damian Hugo, Graf von Schönborn, in: Lexikon der deutschen Geschichte, S. 233. - In der Geschichte der Reichsexekution begegnet er uns wieder in Sachen Rheinfels (s. unten im Text).

51. Vgl. Bericht vom 20.10.1708 (Species facti und Continuatio, HHStA MEA Ksl. Kommissionsakten Nr. 8 a Q 35 Bl. 59ff., 97ff.). Zur Sache vgl. GERD AUGNER, Die kaiserliche Kommission der Jahre 1708-1712. Hamburgs Beziehung zu Kaiser und Reich zu Anfang des 18. Jahrhunderts (Beiträge zur Geschichte Hamburgs, Band 25), Hamburg 1981.
52. Dazu und zum folgenden: KARL E. DEMANDT, Geschichte des Landes Hessen, 2. Aufl., Kassel und Basel 1972, S. 269ff.
53. Schreiben des Landgrafen an den Kaiser, Kassel 11.6.1715 (HHStA MEA Kreisakten in genere Nr. 26).
54. Im Antwortschreiben des Kaisers wurde kühl vermerkt, daß die Friedenspräliminarien nicht verbindlich gewesen seien, weil Frankreich die Verhandlungen abgebrochen habe. Der Kaiser müsse den Frieden vollziehen (Schreiben 14.8.1715, HHStA a.a.O.).
55. HHStA MEA Ksl. Kommissionsakten Nr. 9.
56. Relatio conferentiae des ksl. Geheimen Rats vom 26.11.1716; Teilnehmer waren Prinz Eugen, Fürst Trautson sowie die Grafen Sinzendorf, Starhemberg, Windischgrätz und Schönborn-Buchheim (HHStA Reichskanzlei, Kleinere Reichsstände 176 Bl. 90ff.).
57. StAN Fürstentum Brandenburg-Ansbach, Ksl. Kommissionsakten Nr. 53 I Q 4.
58. Unter Berufung auf die Reichskreisversammlungen in Worms und Frankfurt 1554 anlässlich des Markgrafenkriegs und die Kreiskonferenz in Erfurt 1567 anlässlich der Gothaischen Exekution beanspruchte Kurmainz Proposition (Eröffnungsrecht), Direktions- und Kanzleirecht, vgl. *Notamina ex actis et protocollis de anno 1554 et 1567 des gehaltenen Craystags zu Wormbs und Erfurth* des kurmainzischen Direktorialgesandten Hofrat Anselm Franz Lieb anlässlich der Kreisauxiliarkonferenz September 1717 (HHStA a.a.O.).
59. Nach Berichten des brandenburg-ansbachischen Subdelegierten Valentin Voit von Salzburg an den Markgrafen, Frankfurt 18.9.1717 (StAN Fürstentum Brandenburg-Ansbach, Ksl. Kommissionsakten Nr. 53 I Q 65). - Voit von Salzburg (1664-1722) war ansbachischer Geheimer Rat, Landschaftsdirektor und Oberamtmann in Uffenheim; vgl. GÜNTHER SCHUHMANN, Die Markgrafen von Brandenburg-Ansbach. Eine Bilddokumentation zur Geschichte der Hohenzollern in Franken (Jahrbuch des hist. Vereins für Mittelfranken, 90. Band = Festschrift des hist. Vereins für Mittelfranken zur Feier seines 150jährigen Bestehens 1850-1980), Ansbach 1980, S. 545. - Voit hatte erkannt, daß in der Sache das katholische Religionsinteresse eine Rolle spielte, war mit Rücksicht auf die Situation am ksl. Hof und im Fränkischen Kreis aber klug genug, vor einer Obstruktion zu warnen, weil dies Hessen-Kassel doch nichts nützen werde und nur dem ansbachischen Mitausschreibamt im Kreis schaden konnte; vgl. Bericht an den Markgrafen, Frankfurt 2.4.1718 (a.a.O., Nr. 53 II Q 14). - Der Ansbacher Regierung blieb nur das Klagen, daß Bamberg in der Sache *despotisch* verfare und um sich um das weltliche Mitausschreibamt nicht kümmerte, vgl. Reskript an den Kreisgesandten Georg Christian Seefried, 11.4.1718 (Nr. 53 II Q 45).
60. Vgl. den gen. Bericht a.a.O. sowie das Votum des preußischen Subdelegierten (für Kleve) Philipp Reinhold Hecht, dictatum Frankfurt 18.9.1717 (Nr. 53 I Q 84).
61. A.a.O. Q 94.
62. Dieser hatte in der Schrift *De iure et officio militiae circularis in tuendo iustitiam* (Disputationes Hallenses Vol. I, Leipzig 1715, S. 926ff., Disp. XIX Caput IV § 6) aus

- dem Reichsabschied von 1522 und einem Schreiben Karls V. gefolgert, daß den Kreisen nicht nur die bloße, d.h. faktische Vollstreckung zukomme, sondern darüber hinaus eine diesbezügliche Erkenntnis- und Entscheidungskompetenz (*etiam cognitio et quicquid ad pacis, iustitiae, omniumque constitutionum et legum Imperii custodiam et curam*), vgl. Remonstration und Bitte des hessen-kasselschen Gesandten Schäffer an die Frankfurter Kreisdirektorialversammlung, dict. Frankfurt 8.4.1718 (Nr. 53 II Q 47).
63. Geheime Konferenz am 19.12.1717 (HHStA Reichskanzlei, Kleinere Reichsstände 177).
 64. Ebd., Kleinere Reichsstände 178.
 65. HHStA MEA Ksl. Kommissionen Nr. 10.
 66. Schreiben von Kurfürst Franz Ludwig und Pfalzgraf Karl Philipp, Mergentheim 29.4./Neuburg an der Donau 6.5.1718 (a. a. O.).
 67. Schreiben Bad Schwalbach 22.7.1718 (a. a. O.).
 68. Die folgende Schilderung nach Bericht des Obersten des fränkischen Auxiliarkorps, von Treskow, Eudorf bei Alsfeld 28.7.1718 (StAN Fürstentum Ansbach, Ksl. Kommissionsakten Nr. 53 III Q 114).
 69. HHStA MEA Ksl. Kommissionen Nr. 10.
 70. Memorial des hessen-kasselschen Gesandten Kurt Hilmar von der Malsburg, praesentatum Wien 11.8.1718 (Ebd., Kleinere Reichsstände 179).
 71. Schreiben Knesen an Kanzler (von Lasser), Schwalbach 22.8.1718 (HHStA MEA Ksl. Kommissionen Nr. 10).
 72. Ksl. Resolution an von der Malsburg auf seine am 19.8.1718 übergebene Partitionsanzeige (StAB B 41 II Nr. 516).
 73. Oberrheinische kreisausschreibende Fürsten an Kaiser, Worms/Schwetzingen 27.10.1718 (HHStA Reichskanzlei, Kleinere Reichsstände 179).
 74. Zum Aussterben der Limpurger, dem preußischen Einmarsch und der verworrenen Erbfolge aus genealogischer Sicht: GERD WUNDER, Die Schenken von Limpurg und ihr Land, in: GERD WUNDER, MAX SCHEFOLD, HERTA BEUTTER, Die Schenken von Limpurg und ihr Land (Forschungen aus Württ. Franken, hg. vom Hist. Verein für Württ. Franken, dem Stadtarchiv Schwäbisch Hall und dem Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein, Band 20), Sigmaringen 1982, S. 51ff. - Die neu verzeichneten Stuttgarter Reichskammergerichtsakten enthalten umfangreiches, bislang nicht eingehend aufgearbeitetes Material über die Problematik der gemeinschaftlichen Erbenherrschaft im 18. Jahrhundert; vgl. ALEXANDER BRUNOTTE - RAIMUND J. WEBER (Bearb.), Akten des Reichskammergerichts im Hauptstaatsarchiv Stuttgart I-M. Inventar des Bestands C 3 (Veröffentlichungen der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, hg. von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg, Band 46/4), Stuttgart 2000, S. 348ff. (Inventarnr. 2681-2686). Weitere Akten aus einer Abgabe des BayHStA wird der geplante Nachtragsband erschließen.
 75. Vgl. das reichshofrätliche Kommissorium in Sachen Limpurgische Allodialerben ./ König von Preußen vom 1.2.1714 (StAB B 39 unverz.).
 76. Vorstellung an die Subdelegation in Gaildorf, Goldbach 25.2.1714 (a.a.O.).
 77. Vgl. ksl. Schreiben an die kreisausschreibenden Fürsten des Oberrheinischen Kreises vom 28.4.1716, LA Speyer E 3 (Oberrheinischer Kreis) Nr. 1073 Bl. 422ff.
 78. Dazu aus württ. Sicht bereits WEBER, Kommissionen, S. 227.
 79. GEORG HEINRICH KRIEG VON HOCHFELDEN, Die Veste Zwingenberg am Neckar. Ihre Geschichte und ihr heutiger Zustand, Frankfurt am Main 1845, darin

- zur Restitution und zum Prozeß: S. 77ff. - Aus Krieg von Hochfelden schöpft auch die Darstellung in der jüngsten amtlichen Beschreibung des Ortes, vgl. Kreisbeschreibungen des Landes Baden-Württemberg. Der Neckar-Odenwald-Kreis, Band 2, Sigmaringen 1992, S. 826f. Der Fall ist kurz erwähnt bei MEINRAD SCHAAAB, Geschichte der Kurpfalz, Band 2: Neuzeit, Stuttgart, Berlin, Köln 1992, S. 179.
80. Der 1702 verst. Franz Melchior von Wi(e)ser war ksl. und kurpfälzischer Geheimer Rat und pfälzischer Hofkanzler sowie Oberamtmann in Mosbach.
81. 1677-1751. - Ferdinand Andreas wurde 1703 zum Reichshofrat ernannt und später auch *introduziert*, übte aber keine Tätigkeit im Kollegium aus, vgl. GSCHLIEBER, Reichshofrat, S. 354.
82. Zu diesem Institut nach der zeitgenössischen Literatur: MARTIN HECKEL, *Itio in partes*. Zur Religionsverfassung des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (ZRG), Kan. Abt. 95 (1978), S. 180-308 (Dort auch ein Zitat aus dem *Votum commune* der kath. Stände in Sachen Zwingenberg, S. 239, Anm. 160).
83. Vgl. Vortrag des Prinzen Eugen in der Geheimen Konferenz vom 26.10.1727 (HHStA Reichskanzlei Vorträge 27).
84. Dazu KARL OTMAR FREIHERR VON ARETIN, Kaiser Joseph II. und die Reichskammergerichtsvisitation 1767-1776 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung, Heft 11), Wetzlar 1991.
85. Cunzmann, der in den Akten als eigentlicher Betreiber der Sache (*fax et tuba*) bezeichnet wird, stürzte im Gefolge der Exekution, desgleichen sein Gönner, der Konferenzminister Zetwitz; vgl. STEFAN MÖRZ, Aufgeklärter Absolutismus in der Kurpfalz während der Mannheimer Regierungszeit des Kurfürsten Karl Theodor (1742-1777) (Veröffentlichungen der Kommission für gesch. Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B - Forschungen, 120. Band, Stuttgart 1991, S. 215ff. Dort auch biographische Angaben über die Genannten, vgl. S. 461 zum *Konferenzreferendar* Johann Caspar (von) Cunzmann, einem hochgekommenen Bauernsohn (1715-1795), und S. 472 zum Konferenzminister und Obristkammerer Peter Emanuel Frhr. von Zetwitz-Liebenstein (1715-1786).
86. HHStA MEA Ksl. Kommissionsakten Nr. 17.
87. 2. Relation in Sachen Reichsritterschaft am Niederrhein ./.. Kurpfalz und Kons. 15.12.1766 (StAB B 39 Nr. 5 Q 55). - In den Bamberger Kommissionsakten wird anlässlich der Ebernburger Sache öfters auf den Rheinfelder Fall rekurriert. Es ist dies ein Beispiel dafür, daß der Geschäftsgang und das Kommissionsverfahrensrecht der Ausschreibämter hauptsächlich auf dem Herkommen beruht, das aus den Akten früherer Fälle (*Retro-acta*) entnommen wird.
88. Schreiben an einen nicht gen. bambergischen Geheimrat, Wien 7.9.1768 (StAB B 39 Nr. 9).
89. Schreiben Wien, 6.2.1771 (a.a.O.). - Wunschgemäß wurde mit Dekret 5.3. Hofrat Mehler anstelle der Hofräte von Künßberg und Schwarz zum Subdelegierten ernannt.
90. Die Anrufung des Reichstags hatte nach verbreiteter ständischer Rechtsauffassung den Suspensiveffekt zur Folge, so daß ein Urteil nicht mehr vollstreckt werden konnte. Der Suspensiveffekt des Rekurses gehörte zu den umstrittensten und praktisch wichtigsten Fragen des reichsgerichtlichen Prozeßrechts, insbesondere der Exekution, im 18. Jahrhundert. Vgl. aus der zeitgenössischen Literatur etwa

- JOHANN JAKOB MOSER, Historisch- und rechtliche Betrachtung des Recurses von denen höchsten Reichs-Gerichten an den Reichs-Convent, Frankfurt und Leipzig 1750, mit Anführung zahlreicher Rekursfälle. Die im allgemeinen rekursfreundliche Haltung der (ständischen) Literatur entspricht aber nicht der Ansicht der beiden obersten Reichsgerichte.
91. Bericht der ansbachischen Subdelegierten Friedrich August Ernst Frhr. von Lyncker, Kammerherr und Geheimer Rat, und Johann Wilhelm Friedrich Barabeau, Hof-, Regierungs-, Justiz- und Lehenrat, Bingen 17.12.1770 (StAN Fürstentum Ansbach, Ksl. Kommissionen Nr. 138 Q 2).
 92. Während der langen Verweildauer der Kommission in Bingen verstarb der Ansbacher Subdelegierte Barabeau und erhielt im Kreuzgang ein *ehrliches* (standesgemäßes) Begräbnis mit 20 Fackeln, vgl. den ständegeschichtlich interessanten Bericht des Hof- und Regierungskanzleirats Johann Georg Schärer, Bingen 27.5.1771 (a.a.O., Nr. 139 Q 177 a).
 93. 20.11.1769 (HHStA Reichshofrat Vota 54).
 94. Bericht vom 23. oder 25.5.1771 (a.a.O., Nr. 139 Q 177 g).
 95. Der Ansbacher Subdelegierte Barabeau berichtete im April 1771, bei Anordnung des Güteversuchs im Winter 1770/1771 hätten *solche politisch-critische und zum Theil kriegesische Umstände vorgewaltet*, daß der Kaiser nicht anders verfügen konnte. Gemeint sind offenbar die Spannungen zwischen Österreich und Rußland im Vorfeld der 1. Polnischen Teilung; vgl. GEBHARDT, a.a.O., S. 333.
 96. Gutachten vom 16.5.1771, darin auch der Inhalt der kurpfälzischen Vorstellung vom 14.5. (HHStA a.a.O.).
 97. Vor allem das letztere empfanden die Subdelegierten, die aus Ärger über ihren Aufenthalt in Kreuznach krank wurden, als Zumutung, weil es nicht der reichsgerichtlichen Praxis entsprach und ihrer Ansicht nach nur der *Prostitution* (Bloßstellung) der Kurpfalz dienen sollte, vgl. Bericht des ansbachischen Hof- und Regierungsrats Carl Wilhelm Schnizlein, Kreuznach 7.10.1771 (StAN Fürstentum Ansbach, Ksl. Kommissionsakten Nr. 140 Q 295). Die Vergleichsbestätigung erfolgte durch Reichshofratsconclusum 30.9.1771.
 98. Bericht Schnizleins, Bingen 12.7.1771 (StAN, a.a.O., Nr. 139 Q 212 a).
 99. Vgl. die Berichte Mehlers aus Bingen, 25.7.1771, und Kreuznach, 19.8.1771 (StAB B 39 Nr. 9). – Im ersten äußert er unter dem Eindruck der Räumung von Kreuznach und Ebernburg durch das pfälzische Militär die Erwartung, daß es nach diesem Beispiel mit der Justiz besser werde und die Gewalttaten (scil. der mächtigen Stände gegen die Mindermächtigen) nachlassen würden. Der zweite nimmt Bezug auf die Weigerung von Brandenburg-Ansbach, die Requisition des österreich-burgundischen Militärs mitzutragen. Die weltlichen Kur- und Fürstenhäuser fürchteten, der Kaiser könnte das in Unordnung geratene Justizsystem wieder in die *gesetzmäßige Ordnung* zurückbringen und dadurch die Gegenseite außer Stand setzen, weiter *um sich zu greifen* und *die Mindermächtigen mehr und mehr schwächen zu können*.
 100. So der kurpfälzische Regierungsrat, Oberappellationsgerichtsrat und zweite Archivar Caspar Günther in Bingen zum Ansbacher Subdelegierten Schnizlein, vgl. dessen Bericht 26.7.1771 (StAN Fürstentum Ansbach, Ksl. Kommissionen Nr. 139 Q 228).
 101. Die umfangreichen Akten des großen Reichsunmittelbarkeitsprozesses (Markgräfin von Baden ./. Kloster Schwarzach, *mandati de non amplius turbando* in superi-

- oritate territoriali etc., 1721-1798) hatte das Großherzogtum Baden im 19. Jahrhundert bereits vor der Generalausteilung um 1850 aus Wetzlar abgefordert, so daß sie nicht im sog. Frankfurter Generalrepertorium enthalten sind. Sie lagern derzeit noch im Bestand Kloster Schwarzach des Karlsruher Generallandesarchivs, in den sie entspr. dem im vorigen Jahrhundert in Karlsruhe maßgebenden archivischen Pertinenzprinzip gelangt sind; vgl. GLA Karlsruhe 105/450ff. (Frdl. Auskunft des Bearbeiters der Karlsruher Reichskammergerichtsakten, Alexander Brunotte). - Es ist zu hoffen, daß auch diese Akten eines reichsrechtlich und landesgeschichtlich überaus prominenten Falles - wie bereits bei zahlreichen anderen Betreffen erfolgt - in den Karlsruher RKG-Bestand umgelegt und im DFG-Inventar verzeichnet werden.
102. Vgl. die Kommissionsakten HStAS A 232 Bü 42-48.
 103. HHStA Reichskanzlei, Kleinere Reichsstände 499.
 104. Als verfahrensrechtliche Grundlage für die beabsichtigte Beauftragung des Österreichischen Kreises wählte das Reichskammergericht die Vorschrift der Kammergerichtsordnung von 1555 Teil 3 Titel 49 § 1, derzufolge der Kaiser bei Verweigerung seitens der Reichskreise betr. der Vollstreckung *gebürliche Versehung* tun sollte (Edition LAUFS, a.a.O., S. 271f.), vgl. Schreiben von Kammerrichter, Präsidenten und Assessoren, Wetzlar 21.12.1781 (HHStA a.a.O.).
 105. Note Colloredos an Kaunitz vom 6.1., Gutachten des letzteren vom 17.2. und Colloredos vom 26.3.1782 (HHStA Reichskanzlei, Kleinere Reichsstände 500). - Das Gutachten Colloredos behandelte außer dem Schwarzacher Fall noch einen zweiten Rekurs, die vom Erzbischof von Salzburg an den Reichstag gebrachte, einen Sohn des Kammerrichters betreffende *Spaursche Heirats- und Präbendesache*; dazu JÜRGEN WEITZEL, Damian Ferdinand Haas (1725-1805) - ein Wetzlarer Prokuratorenleben (Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung, Heft 18), Wetzlar 1996, S. 23f.
 106. Das Urteil datiert vom 27.2.1782, also zehn Tage nach dem vom Kaiser genehmigten Gutachten Kaunitz'.
 107. Das Reichskammergericht hatte außer in Sachen Schwarzach auch wegen Einziehung der Kammerzieler von den im Österreichischen Kreis gelegenen Reichsstiften Trient und Brixen Kommission erteilt. Zum spannungsreichen Verhältnis der Südtiroler Hochstifte zu Österreich-Tirol zwischen Reichs- und Landstandschaft vgl. RUDOLF PALME, Frühe Neuzeit (1490-1665), in: JOSEF FONTANA, PETER W. HAIDER u.a., Geschichte des Landes Tirol, Band 2, 2. Aufl., Bozen-Innsbruck-Wien 1998, S. 97ff., 160ff., 189f.
 108. Der folgende Ablauf des Exekutionsgeschehens nach PAUL L. NÈVE, Die Lütticher Revolution 1789 vor dem Reichskammergericht (Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung, Heft 8), Wetzlar 1990; über die reichspolitische Bedeutung der Lütticher Exekution im späten 18. Jahrhundert: KARL OTMAR VON ARETIN, Heiliges Römisches Reich 1776-1806. Reichsverfassung und Staatssouveränität (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte, Band 38), Wiesbaden 1967, S. 218ff.
 109. VON ARETIN, a.a.O., S. 244ff.
 110. Etwa MAX BRAUBACH, Vom Westfälischen Frieden bis zum Wiener Kongreß, in: FRANZ PETRI, GEORG DROEGE (Hg.), Rheinische Geschichte, Band 2 - Neuzeit (Veröffentlichungen des Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande), Düsseldorf 1976, S. 323f.

111. Vgl. das Schreiben des kurmainzischen Kanzlers von Lasser an Kurfürst Lothar Franz in Sachen Rheinfels, Schwalbach 25.7.1718, unter Bezugnahme auf ein Schreiben des Kardinals von Schönborn an den Kurfürsten: Kaiser hat es in solchen Fällen bisher reichsverfassungsmäßig gehalten. Er hat zuerst den Kreisausschreibämtern Kommission aufgetragen und sich und seine allerhöchste Macht und Gewalt *pro ultimo*, wann alle Creys ihre Incumbenz gethan, reserviret. (HH-StA MEA Ksl. Kommissionsakten Nr. 10; Hervorhebung des Verfassers).

Umschlagabbildung:

Ansicht der Burg Zwingenberg von Osten (Lithographie aus: Georg Heinrich Krieg von Hochfelden, Die Veste Zwingenberg am Neckar, Frankfurt am Main 1843, nach S. 8; vgl. Anm. 79)

Impressum:

Herausgeber: Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung e.V.

Redaktion: Anette Baumann

Layout: Anette Baumann, Andrea Müller

Druck: Druckerei Bechstein, Wetzlar

ISBN 3-935279-27-2

